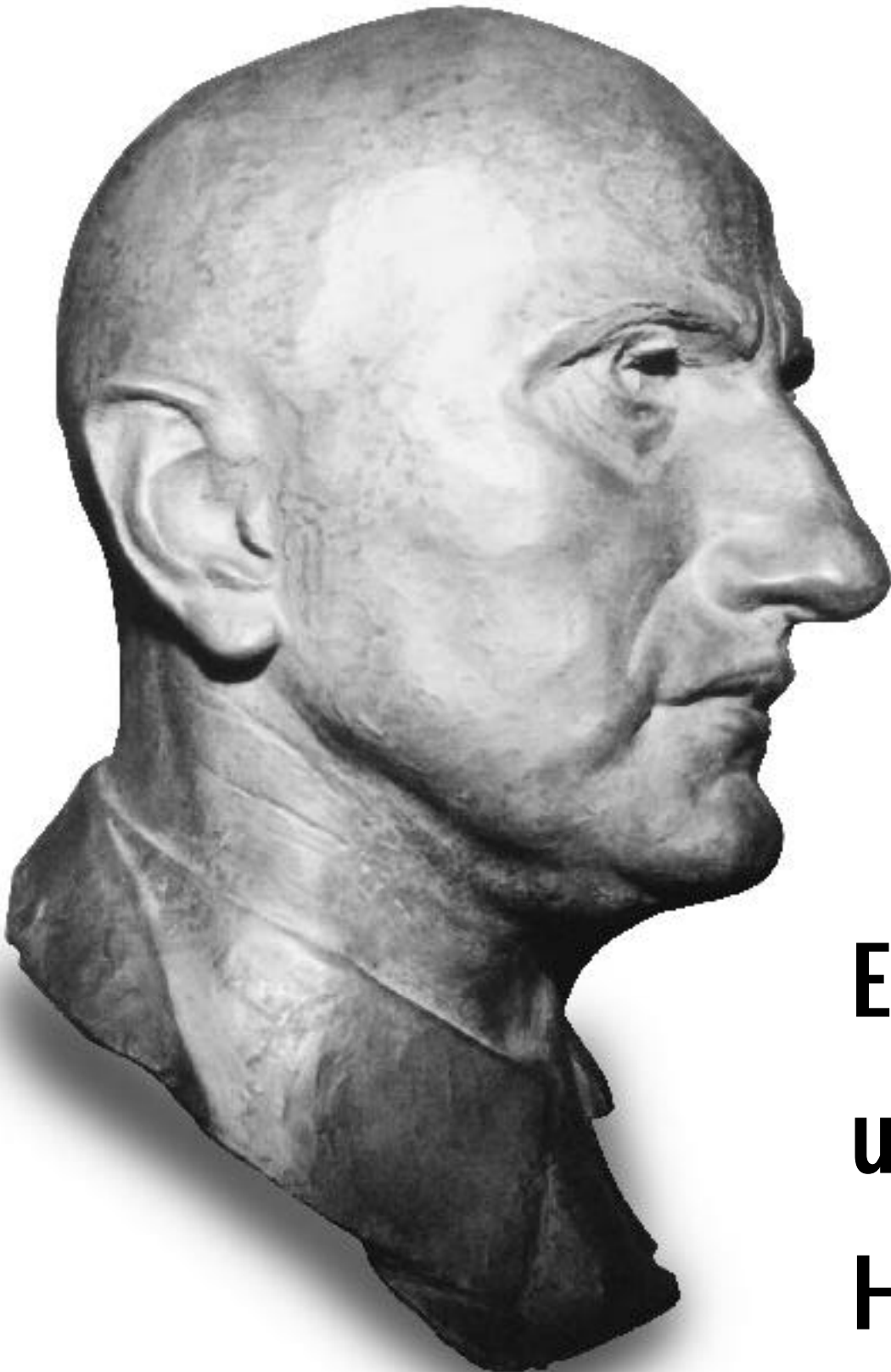


# SGA-BULLETTIN

2/95

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

Juni 1995



**Etter  
und der  
Holocaust**

## Abobeitrag für 1995: jetzt einbezahlen!

Eine Zeitung hat grundsätzlich zwei Möglichkeiten, das nötige Geld für die Produktion «einzutreiben»:

1. Rechnungen verschicken und bei Nichtbezahlung mahnen.
2. Jeder Nummer einen Einzahlungsschein beilegen und auf die Zahlungsfreude der AbonnentInnen hoffen.

Bisher sind wir nach der zweiten Methode verfahren, denn Rechnungen verschicken ist teuer und aufwendig – ein einziger Versand kostet alles in allem fast 1000 Franken!

In Zukunft wird das System verfeinert, dank einer neuen Adressverwaltung. **Dieser Nummer liegt nur dann ein Einzahlungsschein bei, wenn der/die AdressatIn das Abo 95 noch nicht bezahlt hat.**

Wer also einen Einzahlungs-

schein vorfindet, darf dies als Bitte betrachten, diesen Beitrag für 1995 einzuzahlen. Dabei sind Zahlungen bis 9. Juni berücksichtigt.

Zur Erinnerung: Das Bulletin entsteht in 100% Gratisarbeit und wird ausschliesslich aus Abobeiträgen und Spenden finanziert – und kann deshalb ganz ohne Werbung auskommen.

### Jahrgang 1994 selbsttragend

Eine erfreuliche Meldung zum Schluss: Der persönliche Mahnbrief anfangs Jahr hat einen durchschlagenden Erfolg gezeigt: das noch fehlende Geld für die Finanzierung der Nummer 4/94 ist praktisch beisammen! An dieser Stelle herzlichen Dank an alle, die einbezahlt haben.

*Die Redaktion*

## LektorIn und RedaktorIn gesucht

Leider muss die Bulletin-Redaktion von der Lektorin Margit Gigerl Abschied nehmen. Margit wird diesen Sommer in ihre Heimatstadt Graz zurückkehren. Die Redaktion bedankt sich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich für ihre geleistete Arbeit. Margit hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Zahl der Orthographiefehler und der grammatikalischen Fehler gering war.

Nun sind wir dringend auf eine neue Lektorin bzw. einen neuen Lektor angewiesen. Sie sollten bzw. Du solltest ein gutes Sprachgefühl haben sowie in Sachen Rechtschreibung sattelfest sein. PC-Kenntnisse sind hingegen

nicht erforderlich. Da wir die Basis des Bulletins erweitern möchten, suchen wir zusätzliche Mitglieder für die Redaktion. Unsere Anforderungen sind: Interesse an politischen und gesellschaftlichen Themen sowie am politischen Leben im Kanton Zug, gutes Sprachgefühl und PC-Kenntnisse. Haben Sie bzw. hast Du Freude am Planen einer Bulletin-Nummer und am Redigieren von Artikeln?

Das SGA-Bulletin erscheint viermal jährlich.

Falls Sie/Du Interesse haben/hast, dann melden Sie sich/melde Dich bei Martin Stuber, Tel. 21 86 33, oder Reto Hunziker, Tel. 21 84 93.

## Inhaltsverzeichnis

<b>50 Jahre Kriegsende</b>	
Bundesrat Etter und der Holocaust	Seite 4
<b>Bahnhof Zug</b>	
Sanfte Renovation statt teure Kirschtorte	Seite 8
<b>Waldsterben</b>	
«Wer wandert schon gerne in der Tundra?»	Seite 10
<b>Zuger Luft</b>	
Immer besser – aber gut genug?	Seite 14
<b>Regierungsrat</b>	
Wichtige Entscheide am Horizont	Seite 17
<b>10. AHV-Revision</b>	
62 + 2 = NEIN	Seite 18
<b>Politik und Spiritualität</b>	
Wochenende «Politik und Spiritualität»	Seite 20
<b>Frontal</b>	Seite 21
<b>Skandal in Steinhausen</b>	
Unbequeme und eigenständige Frauen unerwünscht	Seite 22
<b>Kantonsrat</b>	
Schulfrei, suchtfrei, verkehrsfrei ...	Seite 24
<b>4. Zuger Symposium</b>	
Diskussionsrunde zur Europafrage	Seite 26
<b>Bericht aus Leipzig</b>	
Leipzig ist anders	Seite 30

## Impressum

**SGA-Bulletin Nr. 2/95**, Juni 1995; erscheint viermal jährlich

**Herausgeber:** Förderverein pro SGA-Bulletin

**Adresse:** SGA-Bulletin, Postfach 829, 6301 Zug; Telefon: 21 86 33

**Redaktion:** Margit Gigerl, Reto Hunziker, Daniela Meyer, Martin Stuber, Bruno Stutzer, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

**Belichtung und Druck:** Victor Hotz AG, Steinhausen

**Auflage:** 1300

**Abonnements:** Fr. 20.–; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.–

**Redaktionsschluss Nr. 3/95:** Montag, 4. September; Erscheinungsdatum: Montag, 18. September

# Zugo e gli spiriti<sup>1</sup>

«In allerhöchstem Grade unheimlich erscheint vielen Menschen, was mit dem Tod, mit Leichen und mit der Wiederkehr der Toten, mit Geistern und Gespenstern zusammenhängt<sup>2</sup>», stellte ein Wiener einst fest. In manchen Kulturen ist selbst die namentliche Erwähnung eines Toten verboten, da man dessen Wiederkehr fürchtet. Ob das der wahre Grund für das Zuger Schweigen zur Politik des «Ersten Zuger Bundesrates 1934 – 59», Philipp Etter, anlässlich der offiziellen Gedenkfeiern zum Kriegsende ist? Der «charakteristische Kahlkopf» steht noch immer, in Bronze gegossen, im Kantonsratssaal, wo der Lauf der Tageszeit Licht und Schatten auf ihn wirft. Das kann man weder von der Zuger Tages- noch ihrer Gedenkfeiernpolitik behaupten: Vor gut vier Jahren überschütteten die Zuger Behörden und Meinungsmacher den Küferssohn an seinem 100. Geburtstag mit derart viel huldvollem Weichzeichner, dass sein markantes Profil ganz zweidimensional wurde. Als Madeleine Landolt hier nachhaken und die tiefen Furchen des glühenden Antisozialisten, Ständestaatlers und Antisemiten Etter weniger barmherzig ausleuchten wollte, führten sich dieselben Behörden und Politiker auf, wie es ihre Vorfahren in der Schlacht am Morgarten gemäss neueren Forschungen gerade unterliessen: Sie verteidigten den Spiritus der Bronzebüste, als hinge ihr Leib und Leben von der Reinwaschung seiner Politik ab. Diese Debatte fand inklusive der unzensurierten Kritik



Eingang ins Bulletin 1/92. Unheimlich heimgesucht wurde die Redaktion meines Wissens deswegen nicht ...

Nun, im Mai 1995, wo keine Geburts- oder Todestage auf der Agenda standen, sondern das Denken an das Kriegsende, also auch an den Krieg, wäre doch die Chance für eine couragiertere Rückschau dagewesen. Gepackt hat Zug sie nicht: Am auch von der SGA unterstützten offiziellen Gedenk Anlass erinnerten sich der Pfarrer etwas kritisch, der Landamman reichlich schwammig, die Veteranen auf ihre Art und die Politiker bei einem Glas Wein, mit den Trachtenfrauen schäkernd. Davon habe ich in den Zeitungen ausführlich sehen und lesen können. Weniger aber von der alternativen Gedenkveranstaltung und von Jo Langs eindrücklichem Etter-Porträt (siehe Artikel S. 4). In Stadtarchivar Raschles Vortrag über die Zwischenkriegszeit tauchte zwar Hitler persönlich in Zug auf – kein Wort aber fiel über die anti-

semitische Politik des damaligen Regierungs- und Ständerats Etter. Auch sonst: Wo der «Politiker der Vermittlung und des Brückenschlags» vor vier Jahren noch Gedenktafeln und Zeitungsspalten füllte, da war heuer Schweigen. Kein Brückenschlag, gerade nach all den im Krieg geborstenen Brücken?! Keine Vermittlung, wo es doch nach dem Krieg soviel zu vermitteln gab?! Nidwalden hat sich kollektiv mittels Oral history erinnert: In den Gassen und Geschäften traf man auf fotografische oder briefliche Zeugnisse von ZeitgenossInnen – auch von Anpässlern. Gleichzeitig fand im Stanser Chäslager die Ausstellung «Anne Frank und wir» zusammen mit Veranstaltungen zur schweizerischen Flüchtlingspolitik im 2. Weltkrieg statt. Aber wir haben in Zug halt kein Chäs-, sondern nur Rohöl- und Diamantenlager(er) ... Vielleicht würde die verwandte Distillerie ja ihre Spirituosenerlager für eine kritische Begegnung mit dem gefürchteten Spiritus Etter zur Verfügung stellen. Die Zuger HistorikerInnen und PolitikerInnen sind aufgefordert – die Alternativen haben bereits ihren zweiten Beitrag zur Geisterjagd und Vergangenheitsbewältigung geleistet.

■ Giséla Hürlimann\*

\* Giséla Hürlimann studiert Geschichte und Spanisch an der Uni Zürich.

1 Frei nach dem Fellini-Film und kürzlich aufgeführten Theaterstück «Giulia e gli spiriti» (Julia und die Geister).

2 Freud, Sigmund: Das Unheimliche. In: Gesammelte Werke XII, S.254.

# Bundesrat Etter und der Holocaust

**Der Holocaust ist das schlimmste Verbrechen in der Menschheitsgeschichte. Für dieses unvergleichliche Verbrechen tragen die Schweiz und ihre Behörden keine Verantwortung. Es geht nicht um schweizerische Verbrechen, sondern um schweizerisches Versagen. Dieses Versagen hat Zehntausenden von jüdischen Menschen das Leben gekostet. Und die Schweiz hat mit dem «J» in den deutsch-jüdischen Pässen dem mörderischen Antisemitismus gleichsam den Stempel aufgedrückt.**

---

Josef Lang

---

Mein Grossvater, ein katholisch-konservativer Alters- und Parteigenosse Philipp Etters und Soldat in zwei Weltkriegen, hat mir immer eingeschärft: «Wir haben uns an den Juden schwer versündigt.»

Bei Philipp Etter, der eine riesige Schuld auf sich geladen hat, sucht man solche Selbstkritik vergeblich. Etter trägt als Mitglied des Bundesratskollegiums und als Bundespräsi-



**Bundesrat-Etter-Büste im Kantonsratsaal ...**

dent in den Jahren 1939 und 1942 eine grosse Verantwortung dafür, dass unzählige Menschen in den sicheren Tod zurückgeschickt und dass Hunderttausende so abgehalten wurden, eine Flucht in die Schweiz überhaupt zu versuchen. Etter trägt auch Mitverantwortung für eine Aussenpolitik, die den Nazis weit mehr entgegenkam, als nötig war und die Bevölkerung für nötig befand. Er trägt Mitverantwortung für eine Wirtschaftspolitik, welche der deutschen Kriegswirtschaft unersetzliche Dienste leistete und damit die Nazi-Feldzüge unterstützte. Als Innenminister und gewichtiges Mitglied des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes ist er mitverantwortlich für dessen Schweigen gegenüber der Judenvernichtung.

## Etter und das Schweigen des Roten Kreuzes

Das Versagen des Roten Kreuzes findet seinen deutlichen Ausdruck in der Weigerung, am 11. Oktober 1942 einen Appell an die Kriegsparteien u.a. zugunsten der jüdischen Gefangenen in den Konzentrationslagern zu erlassen. In der Geschichte dieses verhinderten Appells möchte ich kurz aufgehen, und zwar anhand des Standardwerks des Genfer Historikers und Uni-Rektors Jean-Luc Favez: «Warum schwieg das Rote Kreuz?» (NZZ-Verlag, 1991).

1942, als die Todesmaschine auf vollen Touren lief, geriet das IKRK, das gegenüber Nazi-Deutschland ebenso wohlwollend neutral war wie die Schweiz, immer mehr unter Druck, die Bombardierung der Zivilbevölkerung und die Deportation der Juden öffentlich zu verurteilen. Der Koordinationsausschuss beauftragte Ende Juni den Sekretär Jean Picotet, ein Rundschreiben zu entwerfen, das an die Grundsätze des Völkerrechts erinnern sollte. Ende August ging ein Entwurf mit der Nummer 3 in die Vernehmlassung unter die Komitee-Mitglieder. Alle dem Bundesrat nahestehenden Mitglieder intrigierten sofort gegen den an sich zahmen Text. Sie konnten aber nicht verhindern, dass eine klare Mehrheit der 26 Mitglieder eine öffentliche Erklärung des IKRK befürwortete.

Unter dem Druck von Philipp Etter, dem einzigen Bundesrat im Komitee, und Edouard de Haller, Ehrenmitglied seit seiner Ernennung zum Delegierten des Bundesrates für Internationale Hilfswerke, wurde die schriftliche Befragung ausgesetzt und eine Vollversammlung einberufen. «Die allen Mitgliedern vor der Sitzung übersandte Zusammenfassung der Antworten war ein einfaches Resümee der Argumente ohne Namensnennung, weil man die Aufmerksamkeit nicht auf die Tatsache lenken wollte, dass die entschiedenste Ablehnung des Ap-

pells von jenen Personen stammte, die am engsten mit der Bundesregierung verknüpft waren.» (S.223)

An der Vollversammlung, die am 14. Oktober im Genfer Hotel Métropole stattfand, lag ein vierter, nur leicht veränderter Entwurf vor. Dessen Schlüsselsätze lauteten: «Daher ersucht das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die kriegsführenden Mächte, für Zivilpersonen, gegen die sie gewisse Zwangsmassnahmen ergreifen zu müssen glauben, zumindest ebenso grosszügige Bestimmungen zu treffen wie für Kriegsgefangene und Zivilinternierte.» Konkret erwähnt werden dabei u.a. der «Schutz von Leben und Gesundheit dieser Personen», die «Erlaubnis, Hilfspakete zu empfangen und von Vertretern der Schutzmacht oder des IKRK besucht zu werden».

«Sehr edel gedacht»

Eine deutliche Mehrheit, darunter die vier Frauen im Komitee, sprach sich für eine öffentliche Erklärung aus. Trotzdem setzten sich Etter und de Haller gemeinsam mit der IKRK-Spitze durch. De Haller sprach später von der Abhaltung «eines Begräbnisses erster Klasse». Gegen einen Appell brachte Bundesrat Etter laut Protokoll folgende Argumente vor: «H. Etter meinte, dass dieser Appell sehr edel gedacht gewesen sei. H. Etter hat aber einige Bedenken. (...) Man muss nämlich bedenken, dass der Appell je nach dem Zeitpunkt seiner Veröffentlichung vollkommen unterschiedlich ausgelegt und daher mangelnder Unparteilichkeit bezichtigt werden könnte. Eine andere Gefahr: ob veröffentlicht oder nicht, kann er für Propagandazwecke missbraucht werden.» Tatsächlich

hätte eine öffentliche, wenn auch nur implizite Erklärung gegen die Judenverfolgung den Alliierten mehr genützt als den Nazis.

Zwei Monate später verlas der Foreign Secretary Seiner Majestät im Unterhaus eine von den Alliierten gebilligte Erklärung. Diese geht aus von Berichten, «nach denen die deutschen Behörden in allen besetzten Gebieten nicht nur Personen jüdischer Abstammung die Grundrechte des Menschen aberkennen, sondern auch die von Hitler oft wiederholte Drohung wahr machen, die Juden in Europa auszurotten. (...) Hunderttausende Unschuldige, Männer, Frauen und Kinder, sind bereits Opfer dieser unmenschlichen Methoden geworden.»

Bis zum Kriegsende vermochte sich das IKRK zu keinem Appell oder Protest gegen den Holocaust durchzuringen. Und die anderen meist allgemein gehaltenen Erklärungen fanden wegen der Unglaubwürdigkeit der Organisation kein grosses Echo.

«Insel der Wissenden»

Eine übliche Schutzbehauptung lautet: Das IKRK und Etter konnten gar nicht wissen was in den Konzentrationslagern vorging. Jacques Picard in seine Standardwerk «Die Schweiz und die Juden 1933 – 1945» (Zürich 1994) und Gaston Haas in seiner Lizenzarbeit «Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte ... Das Wissen der Schweiz um die Vernichtung der europäischen Juden 1941 – 1943.» (Zürich 1988) beweisen, dass der Bundesrat, die Bundesanwaltschaft und der Sicherheits- und Nachrichtendienst der Armee seit 1941 Informationen erhielten und spätestens im Frühjahr 1942

im Bild waren. Laut Haas waren die massgeblichen Instanzen «über das Vernichtungsprogramm der Nationalsozialisten gegen die Juden in Europa praktisch von Beginn weg ausgezeichnet informiert.»

Picard schreibt unter dem Titel «Insel der Wissenden»: «Klar über das Ausmass der Vernichtung, wenn auch einig in der Unterdrückung ihrer Bekanntmachung waren auch der katholisch-konservative Bundesrat Philipp Etter und Pierre Bonna, Chef der Auswärtigen Abteilung, als sie im Oktober 1942 mit den IKRK-Spitzen Edouard de Haller und Carl J. Burckhardt zusammen den vorgesehenen Appell des Roten Kreuzes torpedierten. Seit 1942 drängte der WJC (World Jewish Congress) mit Guggenheim und Riegner in Genf darauf, die Juden in den Gettos



... ..

als Zivilinternierte anzuerkennen. Doch dies blieb ebenso ungehört wie das jüdische Verlangen nach einem Appell. Das IKRK schwieg unaufhörlich; der Filz aus Politik, Armee, Kriegswirtschaft und humanitärem Dienst hielt dicht.»

**Mangelndes Erkenntnisinteresse**

Nichtwissen kann also die aktive Passivität Bundesrat Etters nicht erklären. Meiner Meinung nach muss der Grund für seine verantwortungslose Politik gegenüber dem Holocaust gesucht werden in einer Mischung von Verdrängung und Antisemitismus. Philosophisch ausgedrückt: Es mangelte am Erkenntnisinteresse.

Zwei Monate nach Hitlers Machtübernahme, am 31. März 1933, schrieb der Zuger Regierungs- und Ständerat in seinen «Zuger Nachrichten»: «Die Tatsache ist freilich nicht in Abrede zu stellen, dass der jüdische Einfluss auf das deutsche Geistesleben in Kunst, Schrifttum und auf anderen Gebieten der Kultur von unheilvoller Wirkung gewesen ist. Das Judentum hat zu viele zersetzende Kräfte ins deutsche Volkstum hineingetragen.» Er lehnte zwar die «Judenhetze aus grundsätzlichen Erwägungen» ab, hatte aber Verständnis dafür. Im Rahmen der neunteiligen, vom 26. April bis 6. Juni 1933 veröffentlichten Artikelserie «Die vaterländische Erneuerung und wir» verteidigte er den katholisch-korporatistischen Antisemitismus seiner österreichischen Gesinnungsgenossen: «Dort handelt es sich um eine Befreiung des christlichen Volkes aus der jüdischen Umklammerung.» Mehr als die Verfolgung beunruhigte ihn die Flucht der Vertriebenen in die

Schweiz. «Diese Art der Invasion muss selbstverständlich als unerwünscht bezeichnet und unterbunden werden.»

Als Etter dies schrieb, lebten im Kanton Zug weniger als 50 Jüdinnen und Juden. Die Zahl der Antisemiten war um einiges grösser. Die von frontistisch-judenfeindlichen Kreisen lancierte Volksinitiative für eine Totalrevision der Bundesverfassung wurde im Kanton Zug von 14,8% der Stimmberechtigten unterschrieben. Stolz vermerkte die ZN vom 24. September 1934: «Der Kanton Zug hat relativ am meisten Unterschriften aufgebracht, die fast ausschliesslich durch die Aktion des Kolinbundes gesammelt wurden.» Das Zuger Volk liess dann ein Jahr später Etter und die Konservativen im Stich und lehnte die rechtsextreme Initiative mit 3424 gegen 1845 Stimmen deutlich ab.

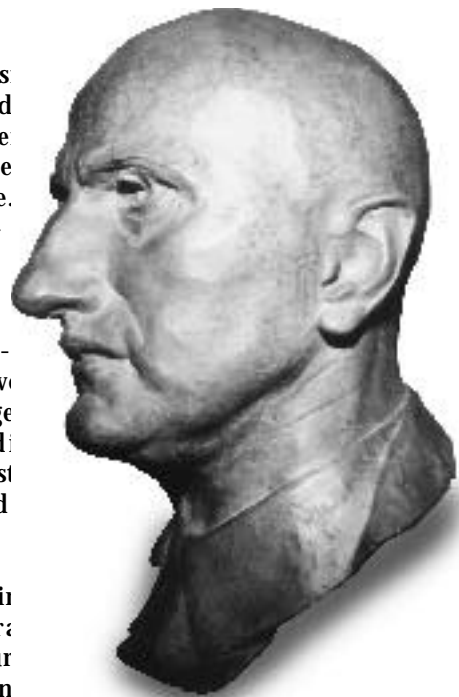
**1940 wie 1934**

Dass sich Etter als Bundesrat nicht gross geändert hat, mindstens nicht bis 1945, zeigen seine späteren Schriften und Reden und verschiedene Vorfälle. So liess Etter 1937 als zuständiger Departementsvorsteher zu, dass in den italienischen Schweizer Schulen jüdische Kinder ausgeschlossen wurden. Dabei hätte er wegen der Bedeutung dieser angesehenen Institution für die italienische Oberschicht ein starkes Druckmittel in der Hand gehabt. (Picard op. cit.)

Aram Mattioli weist in seinem Wälzer «Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur» (Zürich 1994) über den deutschfreundlichen Etter-Berater Gonzague ... Reynold darauf hin, dass der Zu-

ger Magistrat «im Sommer 1940 offen an die Zeit seiner antiliberalen 'Jugendsünden'» anknüpfte. So bezeichnete er seine demokratischen und linken Kritiker als «Kläffer», von denen man sich «weder beeindrucken noch beirren lassen darf».

(Zu diesen gehörte der systematisch fertiggemachte Peter Hirsch/Surava. Dazu ein kleines Zitat aus seiner 1991 in Stäfa erschienenen Autobiographie «Er nannte sich Peter Surava»: «Otto Lehmann von Radio Basel liess mich Hörspiele für Kinder unter einem Pseudonym schreiben. Jemand verriet meine 'Schwarzarbeit', und Otto Lehmann musste zweimal nach Bern reisen und von Bundesrat Etter die schwersten Vorwürfe entgegennehmen. Bei einem Haar hätte er seine Stellung verloren. Auf den Einwand, man könne doch meine Kinder nicht hungern las-



**...wie lange noch?**

sen, soll der gute Christ gesagt haben, darauf könne er keine Rücksicht nehmen.»

Etters Linkenhass und Rechtsdrall illustrieren zwei Texte, die am gleichen Tag, dem nach Hitlers Machtübernahme, in den «Zuger Nachrichten» (1.2.33) erschienen. In einem überzieht er die schwer geschlagenen Streikenden der Verzinkerei mit Hohn und Spott und wirft gewissen «Arbeiterführern» ein «terroristisches Vorgehen» vor. Im anderen behandelt er Adolf Hitler viel respektvoller und meint beruhigend: «Auch der heisseste Kopf wird, wenn er einmal in verantwortlicher Stellung an der Deichsel ziehen muss, abgekühlt.»

«Schwächste Regierung seit 1848»

Der BGB-Nationalrat und spätere Bundesrat Markus Feldmann vertraute am 14. August 1940 seinem Tagebuch die Befürchtung an, dass Etter auf dem besten Wege sei, durch die «Überspannung der bundesrätlichen Vollmachten ein autoritäres Regime berufsständischen Charakters» zu errichten (Zit. in: Mattioli). Laut dem bekannten Bundeshausredaktor Hermann Böschenstein hatte die Schweiz «im Mai 1940 die schwächste Landesregierung seit 1848», und laut Edgar Bonjour gehörte Etter mit Pilet-Golaz und Wetter der «weicheren» Hälfte an. (H. Bütler: Wach auf, Schweizervolk, Bern 1980 / Urs Altermatt [Hg]: Die Schweizer Bundesräte, Zürich 1990).

Die grosse Frage, die bleibt, lautet: Warum haben Bundesräte wie von Steiger und Etter das Kriegsende politisch überlebt? Versuche, sie abzusetzen, gab es, auch im bürgerlich-demokratischen Lager. Der profilierteste Et-

«Bundesrat Etter in den Dreck gezogen»  
Zuger Kantonsrat führte erregte Debatte über Etters Vergangenheit

VON GAT BUCHSPAR, ZUG



Die Mitglieder der CVP-Fraktion schickten nur nach dem Kopf, hielten sich konsequent über das unehrliche Verhalten der Regierung auf, und stützten sie. Die Regierung im Zuger Kantonsrat ist politisch verurteilt. Die Regierung hat kein Recht, die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat kein Recht, die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat kein Recht, die Regierung zu kritisieren.

Philipp Etter geboren am 1894 in Zuger Kantonsrat.

Die Regierung hat kein Recht, die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat kein Recht, die Regierung zu kritisieren. Die Regierung hat kein Recht, die Regierung zu kritisieren.

Tages-Anzeiger-Artikel vom 31. Januar 1992 über die erste Etter-Debatte im Kanton Zug.

ter-Gegner war der bekannte Chefredaktor der Wochenzeitung «Die Nation», Paul Schmid-Amman. Das Mitglied der Bündner Demokraten, heute SVP, enthüllte im Herbst 1945 in dem in Bern erschienenen Buch «Der politische Katholizismus» die Politik Philipp Etters. Kurz darauf verlangte er die Einberufung einer Sondersession der eidgenössischen Räte, in der auch Etter an den Pranger gestellt worden wäre (Mattioli op. cit.). Die Katholisch-Konservativen (KK) reagierten auf Schmid-Amanns Buch ähnlich wie die hiesigen Bürgerlichen vor drei Jahren auf unsere Enthüllungen und die Interpellation von Madeleine Landolt. Das KK-Organ

«Vaterland» (30.6.45 / 22.10.47) schrieb von einem «Verleumdungsfeldzug» und einer «sozialistischen Hetzkampagne» und versuchte vom Inhalt abzulenken, indem es dem protestantischen Autor vorwarf, mit seinem «elenden Machwerk» einen «neuen Kulturkampf» vom Zaune brechen zu wollen.

Ähnlich wie in Deutschland wurden die Schweizer Antisemiten und Ständestaatler durch den 1947 aufkommenden Kalten Krieg gerettet. Es brauchte auch hier eine neue Generation von HistorikerInnen und PolitikerInnen, um der Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen. □

# Sanfte Renovation statt teure Kirschtorte

**Nach dem Nein des Stadtzuger Soveräns zu den Bebauungsplänen des Bahnhofareals ist das Projekt Kirschtorte mit der Überbauung West gestorben. Nach der zweiten Abstimmungs-niederlage stellt sich die Frage, ob eine Renovation des heutigen Zuger Bahnhofes nicht die bessere Lösung ist. Könnte ein renovierter Bahnhof den Anforderungen für die nächsten 20 bis 25 Jahre genügen?**

---

Jörg Rüttimann\*

---

Anlässlich einer SGA-Veranstaltung Mitte Mai wurde mit einer Begehung der Bahnhofoanlage und einer anschliessenden Diskussion mit ca. 35 InteressentInnen und einer Delegation der Behörden die Situation vor Ort erläutert und diskutiert. Unbestritten war die sofortige Verbesserung der Perronaufgänge, der Veloabstellplätze und auch des Informationssystems für die Busse. Der Kanton, die Stadt und die SBB wollen bis Ende Juni eine Liste über das zukünftige Vorgehen erstellen. An einer gemeinsamen Sitzung der Behörden mit den SBB soll dann anfangs Juli über die kurz-, mittel- und längerfristigen Massnahmen die Marschrichtung festgelegt werden. Laut Auskunft von Stadtarchitekt Fritz Wagner könnte die Behebung der vordringlichsten Probleme nach diesem Termin rasch angepackt werden. Wollen Behörden und SBB ihre Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit nicht verscherzen, so ist unverzügliches Handeln dringend notwendig, und wie sich zeigte, auch möglich.

## Umbau als Alternative

Das Gebäude des 1897 erbauten Bahnhofs ist von guter städtebaulicher Qualität und könnte sanft renoviert noch gut einer weiteren Generation dienen. Für die SBB-Angestellten und die SBB-

KundInnen ist die heutige Infrastruktur aber nicht einmal mehr mittelfristig tragbar. Anstatt ein weiteres Neubauprojekt zu planen, ist ein Umbau des heutigen Bahnhofs eine wirkliche Alternative. Drei Gründe für eine Renovation:

1. Die Renovation des heutigen Bahnhofs wäre ein Vielfaches billiger als ein Neubau, was bei der finanziellen Lage der SBB ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist. Ich schätze, dass 15 bis 20 Mio. Franken ausreichen würden, um eine funktional gute Lösung zu schaffen. Dazu sind im Vergleich zu einer Neubaulösung auch einige Kompromisse in Kauf zu nehmen, die aber angesichts der markanten Einsparungen vertretbar sind. Wenn bei der öffentlichen Hand «auf Teufel komm raus» gespart werden muss, dann soll das in erster Linie bei den vielfach überrissenen Grossinvestitionen in Infrastrukturprojekte getan werden.

2. Der strukturelle Wandel des regionalen Verkehrs ist in vollem Gang. Wird Zug an der Neatstrecke zu liegen kommen, oder was passiert mit der sogenannten Umfahrung Zug – Baar (inkl. Stadttunnel)? Bleibt der Bus das regionale Hauptverkehrsmittel, oder kommen bald zukunftsreichere Lösungen? Bei so vielen offenen Fragen ist es sicher sinnvoll, den Neubau des Bahnhofs um eine Generation zu verschieben. Eine Grossinvestition soll doch wenig-

stens für 50 Jahre halten – unser heutiger Bahnhof wird in zwei Jahren 100jährig! Im Verlauf der nächsten Generation bleibt genügend Zeit, ein neues Projekt vorzubereiten, welches den Veränderungen im regionalen Verkehr Rechnung trägt und so mit allen zukünftigen Verkehrsträgern besser harmoniert.

3. Es ist an der Zeit, ein Zeichen zu setzen gegen die Abbruchwut, alle historischen Gebäude in der Stadt Zug betreffend, obwohl der bauliche Zustand der Gebäude das gar nicht immer erfordern würde. Dahinter steckt nichts anderes als – nennen wir es beim Namen – die Kapitalmaximierung einiger Baugiganten oder Bodenspekulanten. Wenn auch der alte Bahnhof bald ein Unikum in der stählernen, gläsernen und betongeklotzten Umgebung sein wird, so steht er wenigstens als eines der letzten Mahnmale der historischen Baukünste in der Stadt Zug. Mindestens solange die Wohnhäuser an der Dammstrasse stehen bleiben, ist der alte Bahnhof nicht völlig deplaziert in seiner Umgebung. Auch die Bausubstanz der Dammstrassenhäuser ist gut genug erhalten, um nach einer sanften Renovation weiterhin als günstiger Wohnraum zur Verfügung zu stehen.

## Gartenbeiz auf dem Bahnhofsvorplatz

Wie eine Bahnhofsrenovation aussehen könnte, hat uns Madelei-



ne Landolt an der oben erwähnten Veranstaltung grob skizziert. Ich fasse hier ihre Ideen kurz zusammen:

Die bestehende Fussgängerpassage von Ost nach West soll verbreitert werden, so dass sie auch von den VelofahrerInnen benützt werden kann. Die Aufgänge dieser Passage zu den Perrons sollen grösser werden und gegen oben geöffnet. Zu jedem Perron führt ein Lift direkt aus der Passage. Im Bereich Glashof/Eichstätte müssen in genügender Anzahl gedeckte Veloabstellplätze erstellt werden. Im Bahnhofsgebäude selbst sollen im Parterre (auf Gleisniveau) der Restaurantbereich und der Bereich der SBB-Infrastruktur vertauscht werden. Zur SBB-Infrastruktur gehören der Gepäckschalter, der Billettschalter und das Reisebüro.

Der Restaurantbereich im vorderen Teil des Gebäudes würde es ermöglichen, für den Sommerbetrieb eine attraktive Gartenbeiz auf dem Bahnhofsvorplatz einzurichten. Im ersten Stock des Gebäudes sollen ausschliesslich ein Sitzungszimmer und die Büroräumlichkeiten der SBB, welche notabene keinen direkten Kundenzugang benötigen, entstehen. Sämtliche Personalzimmer und die Dienstwohnung müssen ersatzlos aufgehoben werden. Das Dachgeschoss soll in erster Linie als Archiv- und Abstellraum benützt werden. Sollten die Büroräumlichkeiten für die SBB nicht ausreichen, so könnte der nördliche Teil des Gebäudes, wo heute die Restaurants sind, um ein Geschoss aufgestockt werden. Die Fussgängerunterführung Metalli/alte Migros soll aufgehoben werden zugunsten einer direkten Überquerung der Baarerstrasse via Fussgängerstreifen.



**Bahnhofsvorplatz als Gartenrestaurant.**

■ Bild Bulletin

Ein motorfahrzeugfreier Bahnhofsvorplatz wäre grundsätzlich begrüssenswert. Seit dem Fahrplanwechsel vom 28. Mai benötigen noch die Busse Ägeri/Menzingen (Linien 1/2) sowie die Busse Walchwil/Neuheim/Sins (Linien 15/14/7) den Bahnhofsvorplatz als Wendepunkt. Denkbar wäre, dass diese vier Buslinien ihren Wendepunkt mit Haltestelle auf den Parkplatz der Westseite des Bahnhofs verlegen.

#### Problemkind Bus

Klar muss aber gesagt werden, dass die Kapazitäten für den weiteren Ausbau der Buslinien um den Bahnhof beschränkt sind. Ein beliebiger Ausbau der Buslinien ist aber auch nicht sinnvoll, weil erstens der Flaschenhals in der Neugasse das aufwieso verhindert und zweitens alternative Verkehrsträger (z.B. Monorail) erfolgversprechender sind. Denn der

öffentliche Verkehr (öV) auf der Strasse kann nicht gross ausgebaut werden, solange der motorisierte Individualverkehr (MIV) Zuwachsraten wie in der Stadt Zug aufweist. Ein innenstädtischer Verkehrskollaps wäre vorprogrammiert. Weil aber eine Beschränkung des MIV politisch nur schwierig zu realisieren ist, wird der ÖV auf anderen Wegen als der Strasse besser aufgehoben sein. Wichtig scheint mir aber, dass der Ausbau des ÖV und der Strassen nicht voneinander losgelöst diskutiert werden können, sondern sich endlich die folgende Erkenntnis durchsetzt: Die Zuger Verkehrsprobleme lassen sich in Zukunft nur noch bewältigen, wenn eine gesamtheitliche Lösung in Betracht gezogen wird. □

\* Mitglied des Vorstandes der SGA Stadt Zug

# «Wer wandert schon gerne in der Tundra?»

Das Waldsterben ist aus den Schlagzeilen verschwunden – für Aufsehen sorgt eher die Ozon-Problematik, die die Menschen direkt beeinträchtigt. V.a. die Autolobby und ihre Ableger sind in die Gegenoffensive gegangen und erklären die Problematik der Luftverschmutzung als schon weitgehend gelöst – Katalysator sei Dank. Das Bulletin wollte es genau wissen und führte ein Interview mit einem Zuger Fachmann, der aus der Praxis kommt.

Interview\* Martin Stuber

**Bulletin:** *Kürzlich bin ich einen Nachmittag lang an der Westflanke des Zugerberges mit dem Mountainbike rumgefahren und war überwältigt von der üppigen Fülle der Vegetation und der Schönheit des Waldes. Da habe ich mich ernsthaft gefragt, ob das Waldsterben tatsächlich noch ein Problem ist.*

**Schmidhauser:** Es ist schön, wenn Dir der Zugerbergwald so gut gefällt! Bloss: Du hast eine falsche Vorstellung vom Waldsterben. Der Begriff «Sterben» suggeriert einen plötzlichen Tod, dass der Wald also plötzlich verschwindet. So spielt sich das aber nicht ab. Wir sprechen in Fachkreisen lieber vom Phänomen der neuartigen Waldschäden. Es gibt ja die klassischen Waldschäden, deren Ursachen klar auf der Hand liegen. Ich denke hier vor allem an das grossflächige Absterben des Waldes aufgrund der Schwefeldioxid-Emissionen der Schwerindustrie (z.B. in Nordböhmen) oder in der Schweiz an die Schädigung des Pfywaldes wegen der Fluor-Emissionen der damaligen Aluhütten.

«Neuartige Waldschäden» bezeichnet schleichende Prozesse, die nicht sofort für jedeN sichtbar sind.

*Okay, aber wie sieht denn die Entwicklung bei den «neuartigen Waldschäden» aus?*

Wie gesagt, die Entwicklung ist schleichend: es findet eine Verschlechterung des Waldzustandes

## Zur Person

Albin Schmidhauser, 41,  
Vater von zwei Kindern

ab 1973 Forstwartlehre und  
Forstwart der Korporation  
Zug

1978 Förstersch. Maienfeld

1979–84 Förster beim  
Waldwirtschafts-Verband  
Schweiz in Solothurn

1984–89 Studium der  
Forstwissenschaften an der  
ETH Zürich

ab 1990 Assistent/wissen-  
schaftlicher Mitarbeiter der  
Professur für Forstpolitik  
und Forstökonomie an der  
ETH Zürich

Vorstandsmitglied bei der  
IG-Bio seit 1990.



über Jahre hinweg statt, jedes Jahr so im Schnitt um die 1 bis 3%. Das scheint nicht viel, summiert sich aber mit den Jahren.

Ein anderer wichtiger Punkt: Die Entwicklung des Waldzustandes ist nicht einfach zu beobachten. Bis sich die Vitalitätsverminderung eines Waldbestandes sichtbar auswirkt, braucht es Zeit. Wenn bei einem Bestand von 500 Bäumen auf einer Hektare jährlich drei bis fünf Bäume

sterben, dann ist diese Veränderung kleiner als die alle fünf bis zehn Jahre einmal stattfindende forstliche Nutzung des Waldes.

Zudem sind wir im Moment noch in einer Phase, wo ein scheinbarer Widerspruch zu beobachten ist: Einerseits sind da die sichtbaren Schädigungen, wie sie etwa im Sanasilva-Bericht dokumentiert sind (z.B. Kronenverlichtungen), aber andererseits stellen wir fest, dass die Wuchs-

leistung – also der Volumenzuwachs an Holzmasse – nicht kleiner wird, sondern gleich gross oder sogar grösser ist als früher.

*Wie erklärt sich denn dieser Widerspruch?*

Ich sehe v.a. zwei Faktoren:

Erstens der wachsende Stress für die Bäume. Die Blätter im untersten Drittel der Krone haben eine für den Baum negative Energiebilanz, d.h., sie beziehen mehr Energie vom Baum, als sie über die Photosynthese zurückliefern. Sterben diese Blätter als Folge der Luftverschmutzung ab, sieht die Energiebilanz für den Baum besser aus. Unter dem Strich produziert der Baum mehr Holzmasse.

Zweitens existiert ein permanent hohes Stickstoffangebot, was das Wachstum der Holzmasse ebenfalls fördert.

*Woher kommt der Stickstoff?*

Die Stickstoff-Emissionen durch Verkehr und Heizungen verwandeln sich in der Atmosphäre zu salpetriger Säure und Salpetersäure, die mit dem Regen in den Boden gelangen. Die Landwirtschaft trägt auch das Ihrige bei (Güllenüberschuss).

*Und was bewirkt dieser zusätzliche Säureeintrag?*

Es ist ganz wichtig, hier zwischen zwei völlig verschiedenen, aber gleichzeitigen Wirkungen zu unterscheiden:

Erstens findet eine Übersäuerung der oberen Bodenschicht statt, d.h. je nach Bodenbeschaffenheit ein Bereich von ca. 30 cm bis zu 1 m. Diese Übersäuerung schädigt die Mykorrhiza.

*Mykorrhiza? Noch nie gehört!*

Die Mykorrhiza ist absolut vital für die Existenz des Baumes. Es handelt sich um Pilze, die in Symbiose



**Ein Beispiel für verändertes Wuchsverhalten bei der Buche: Im Kronbereich lässt sich ein langer Trieb, der nur an der Spitze belaubt ist (siehe Pfeil), mit nur wenigen oder gar keinen Seitentrieben beobachten. Der Grund für dieses Phänomen ist unbekannt. Die Buche steht im Daheim in Zug.**

■ Bilder Bulletin

mit dem Baum – d.h. mit dem Wurzelwerk des Baumes – leben. Die Pilze erschliessen dem Baum den Zugang zu lebensnotwendigen mineralischen Nährstoffen und beziehen andererseits Zucker vom Baum für ihr eigenes Überleben. Wichtig ist nun, dass die Mykorrhiza sehr fein an die Wirtspflanze und an den ph-Bereich des Bodens angepasst ist. Der Eintrag von Säure verändert den ph-Bereich, was über die Schädigung der Mykorrhiza die Nährstoffaufnahme des Baumes beeinträchtigt.

Das Besondere in der Schweiz ist nun aber, dass die Böden im allgemeinen sehr gut ausgepuffert sind, d.h., sie können einen erhöhten Säureeintrag über längere Zeit hinweg ausgleichen. Das führt dazu, dass vorläufig die Düngerwirkung überwiegt.

*Und wann kippt das Gleichgewicht?*

Das weiss heute niemand. Wir wissen einfach zu wenig über den Boden. Die forstwissenschaftliche Erforschung des Bodens und der Vorgänge im Boden fristet völlig zu Un-

recht ein Schattendasein. Sicher ist, dass, wenn das Gleichgewicht einmal kippt, die Folgen unumkehrbar sind!

*Du hast von zwei Wirkungen des zusätzlichen Säureeintrages gesprochen, welches ist die zweite?*

Ja, die zweite Wirkung ist ein Überangebot an Stickstoff-Verbindungen im Waldboden. Du musst Dir vorstellen, dass der derzeitige Säureeintrag einem Drittel bis der Hälfte einer landwirtschaftlichen Volldüngung entspricht! Tausende von Jahren hat der Wald ohne diese zusätzliche Düngung gelebt. Wie soll er dieses plötzlich auftretende Überangebot verkraften? Wenn ein Vegetarier plötzlich Tag für Tag ein Poulet essen muss – das wird ihm kaum gut bekommen.

*Was sind die Folgen dieser ständigen Überdüngung?*

Das zusätzliche Stickstoffangebot im Boden bewirkt, dass der «Suchaufwand» für den Baum kleiner wird, er benötigt weniger Wurzeln, um zu seinen Nährstoffen zu kommen.

Das lässt sich heute vor allem bei Windwürfen beobachten – also wenn Stürme Bäume entwurzeln. Das Feinwurzelsystem ist dramatisch kleiner geworden und hat eine veränderte Konsistenz. Nehmen wir eine 80jährige Buche, die 30 Meter hoch ist. Früher hatte sie einen Wurzelteller von 4,5 bis 5 Meter Durchmesser, heute nur noch von ca. 3 Metern. Das ist ein Befund, eine Veränderung, die in den 22 Jahren meiner Praxis stattgefunden hat. Er wird übrigens von manchen mir bekannten Revierförstern bestätigt.

Es leuchtet ein, dass ein reduziertes Feinwurzelsystem die Verankerung des Baumes schwächt und die Wasseraufnahme erschwert.



**«Sicher ist, dass, wenn das Gleichgewicht einmal kippt, die Folgen unumkehrbar sind!»**

*Du hast jetzt vor allem die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf den Boden erklärt. Ich war bisher immer der Meinung, dass die schlechte Luft sich vor allem auf die Blätter oder die Nadeln auswirkt.*

Rund die Hälfte des Baumes ist im Boden, ist unserer direkten Beobachtung entzogen. Ich bin überzeugt, dass die wesentlichen, schleichenden Prozesse im Boden stattfinden. Meiner Meinung nach sollte deshalb dem Zustand und der Entwicklung des Bodens viel mehr Augenmerk gewidmet werden als bisher.

Um aber Deine Frage zu beantworten: Die Luftschadstoffe, d.h. vor allem der saure Regen und das Ozon, haben auch eine Wirkung auf die Blätter. Die erwähnten Schadstoffe schädigen die Spaltöffnungen der Blätter und der Nadeln. Als Folge wird die Wasserverdunstung erhöht und die «Atmung» erschwert, d.h., der Gasaustausch, der für die

Photosynthese notwendig ist (die Blätter «atmen» Kohlendioxid ein und Sauerstoff aus), wird behindert.

*Höhere Wasserverdunstung und erschwerte Wasseraufnahme über die Feinwurzeln: der Baum trocknet quasi von zwei Seiten her aus?*

Genau!

*Ich möchte auf das Gleichgewicht zurückkommen. Was passiert, wenn es kippt?*

Das hängt stark von der Art des Waldes, Standort, klimatischen Faktoren, Schädlingsverbreitung, Bewirtschaftung etc. ab. Es gibt keinen bekannten, quasi üblichen Ablauf. Sicherlich verschwindet aber in einem solchen Gebiet der angestammte Wald in relativ kurzer Zeit, vielleicht in fünf bis zehn Jahren, wie mitteleuropäische Beispiele zeigen.

Aber um kein falsches Bild entstehen zu lassen: es wird wieder neuer Wald entstehen, den neuen Bedingungen angepasst. Bloss müssen wir uns im klaren sein, dass die Sukzession (Abfolge) von Kraut-, Strauch- und Pionierwaldgesellschaften unter Umständen Jahrhunderte dauert – d. h. bis der Wald wieder gewohnte Dimensionen und Strukturen annimmt.

Als Massstab: Im Mittelland ist ein normaler, bewirtschafteter Buchenbestand zwischen 120 und 140 Jahre alt, ein Eichenmischbestand zählt 180 bis 250 Jahre. Für menschliches Zeitempfinden ist das Absterben eines Waldes also etwas ziemlich Definitives.

Hinzu kommt noch etwas anderes: der Wald erfüllt wichtige Schutzfunktionen. Die Erosion beispielsweise verläuft in waldlosen Gebieten ganz anders und schneller als in bewaldeten Gebieten. Von der Erholungsfunktion, dem Landschafts- und Siedlungsbild ganz zu schweigen. Wer wandert schon gern in der Tundra?



**«Die Leute gehen gar nicht mehr in den Wald, wie sollen sie da etwas von den Veränderungen wahrnehmen?»**

*Wie schätzt Du die Situation des Zuger Waldes ein?*

Wie in der übrigen Schweiz auch: die «neuartigen Waldschäden» nehmen zu.

Diese Entwicklung wird durch die offizielle Waldschadensforschung in Birmensdorf wohl bestätigt, aber in den möglichen Auswirkungen bagatellisiert. Der Zuger Försterverband hat das wiederholt und deutlich kritisiert: Die Situation sei dramatischer, als offiziell ausge-

wiesen werde. Es herrscht der Eindruck, dass die Situation des Waldes von den Praktikern im Wald umfassender eingeschätzt werden kann.

*Kannst Du das konkretisieren?*

Meiner Ansicht nach werden Beobachtungen aus der Praxis – wie die beschriebenen Veränderungen des Wurzelwerkes, zu beobachten nach Windwürfen – kaum weiterverfolgt. Statt dessen wird die okulare Beurteilung (okular: mit den Augen) des

Waldzustandes anhand der Kronenverlichtung trotz starker methodischer Kritik weiterbetrieben. Dazu kommen Begasungsmassnahmen mit einzelnen Luftschadstoffen. Untersuchungen der dynamischen Veränderungen im Boden nehmen dagegen nur eine marginale Rolle ein.

*Also ist demnach tatsächlich nicht klar, woher die «neuartigen Waldschäden» genau kommen?*

Was heisst genau? Mit etwas gesundem Menschenverstand sollte einzusehen sein, dass ein Zusammenhang zwischen der veränderten Luftzusammensetzung und «neuartigen Waldschäden» bestehen muss. Die von mir beschriebenen Indizien sprechen eine deutliche Sprache. Dass die genauen Mechanismen der Waldschädigung bisher wenig oder nur ungenügend verstanden werden, kann wohl kein Grund sein, nicht energische Massnahmen gegen die problematischen Emissionen zu ergreifen.

*Entscheiden tun aber die PolitikerInnen – oder sollten es zumindest ...*

Ja, aber da braucht es Druck von unten. Und das ist auch ein Problem. Ich bin zurzeit mitten im WK. Die Leute stammen mehrheitlich aus dem Kanton Zug, die Hälfte aus dem Ägerital. Gestern waren wir auf dem Wildspitz. Du wirst es nicht glauben, aber jeder sechste war noch nie auf dem Wildspitz! Die Leute gehen gar nicht mehr in den Wald, wie sollen sie da etwas von den Veränderungen wahrnehmen? Wenn die Schäden im Wald so gross sind, dass es auch die Masse mit eigenen Augen wahrnimmt, ist es zu spät. Hier liegt eine grosse Verantwortung der Politik! □

\* Das Interview fand am 26./27. Mai statt.

# Immer besser – aber gut genug?

Unter dem Titel «Innerschweizer Luft – immer besser!» veröffentlichte der Touring Club der Schweiz (TCS) im März dieses Jahres eine Broschüre zur Situation der Luftbelastung im Kanton Zug. Wenig später wurde an der Generalversammlung derselben Organisation nachgedoppelt: Die Luftbelastung nehme eindeutig ab, Temposenkungen seien praktisch wirkungslos.

---

Reto Hunziker

---

Noch vor zwei, drei Jahren hätte eine solche Kampagne des TCS LeserInnenbriefe und Stellungnahmen provoziert. Doch diesmal blieb es weitgehend ruhig. Weder SGA, SP, VCS, WWF noch andere UmweltfreundInnen haben reagiert. Warum schweigen sie denn alle? Dabei besteht, wie die folgenden Ausführungen zeigen, kein Grund zum Schweigen.

## Ziele weit verfehlt

Die kantonalen Massnahmenpläne zur Luftreinhaltung müssen aufzeigen, wie die Luftbelastung auf ein zumutbares Mass reduziert werden kann. Doch der vom Zuger Regierungsrat im Juni 1990 genehmigte Massnahmenplan machte bereits klar, dass die Ziele nicht erreicht werden können. Denn der Sanierungsbedarf zur Einhaltung des Ozon-Grenzwertes beträgt bei den Stickoxiden 1110 Tonnen pro Jahr, bei den Kohlenwasserstoffen 2725 Tonnen pro Jahr (Stickoxide und Kohlenwasserstoffe sind die Vorläufersubstanzen des Ozons). Die im Massnahmenplan vorgesehenen Reduktionspotentiale betragen aber nur 50% bei den Stickoxiden bzw. 35% bei den Kohlenwasserstoffen (siehe Grafik S. 15). Damit war die Nichterfüllung der Ziele der Luftreinhaltungsverordnung bereits vorprogrammiert. Denn Zielvorgaben, die eine breitgefächerte Massnahmen-

palette erfordern, können selten in der vorgesehenen Frist und im gewünschten Ausmass erreicht werden – dies selbst bei gutem und kooperativem Willen aller Akteure.

Die Massnahmen hätten bis am 1. März 1994 verwirklicht werden sollen. Bis zu diesem Datum konnten die Reduktionspotentiale des Massnahmenplanes bei den Stickoxiden und bei den Kohlenwasserstoffen nur zu ca. 45% erreicht werden. Damit erreicht die Emissionsreduktion zur Einhaltung der Ozon-Immissionsgrenzwerte bei den Stickoxiden nur ca. ein Viertel des Sanierungsbedarfes, bei den Kohlenwasserstoffen nur ca. ein Siebtel.

## Selbstkritische Verwaltung

Dass in Sachen Vollzug der Luftreinhaltungsverordnung (LRV) die Ziele nicht erreicht wurden, wird auch vom Amt für Umweltschutz (selbst)kritisch vermerkt. In einem von diesem Amt verfassten und vom Regierungsrat am 9. August 1994 genehmigten Bericht heisst es: «Im Verkehrsbereich gestalten sich die Bemühungen zur Luftreinhaltung schwierig. Während für stationäre Anlagen (auf Bundesebene) die Emissionsbegrenzungen im Rahmen der LRV-Revision z.T. massiv verschärft wurden, sind konkrete Massnahmen im Verkehrsbereich bisher ausgeblieben. Dadurch nimmt der Anteil der Verkehrsemissionen an den Gesamt-Stickoxidemissionen im Kanton Zug – trotz Katalysatorpflicht – laufend zu, ob-



**Der Anteil der Emissionen von Industrie und Gewerbe nimmt prozentual ab.** ■ Bild Bulletin

*wohl die Emissionen real abgenommen haben. Diese Tatsache hat ihren Ursprung auch in der Zunahme des Verkehrsaufkommens in den vergangenen Jahren. Diese Zunahme steht in klarem Gegensatz zum ambitionösen Ziel des Massnahmenplanes, den individuellen Pendlerverkehr bis 1994 um 25% zu reduzieren. Dass dieses Ziel mit Förderungsmassnahmen im Bereich des öffentlichen Verkehrs und des Radwegnetzes allein nicht gelöst werden kann, hat das Beispiel der Zürcher*

S-Bahn, welche in erster Linie zu einer Erhöhung der Gesamtmobilität führte, in aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Nur zusammen mit einschränkenden Massnahmen, beispielsweise bei der Parkierung, mit raumplanerischen Massnahmen und mit Lenkungsabgaben kann eine weitere Zunahme der Mobilität verhindert resp. können effektive Verkehrsumlagerungen erreicht werden.» (Hervorhebung durch die Redaktion.) Doch warum gelingt es Regierung und Verwaltung nicht, den Massnahmenplan umzusetzen?

**Staat handelt inkohärent**

Aufgrund einer Aufsichtsbeschwerde des WWF an den Bundesrat überprüfte die Geschäftsprüfungskommission der eidgenössischen Räte die Vollzugsdefizite bei der Durchführung der Luftreinhaltegesetzgebung und kam zu folgendem Schluss: «Zusammenfassend kann man festhalten, dass der Vollzug der Luftreinhaltepolitik zu einem ständigen Hin und Her zwischen Bund und Kantonen geworden ist, ohne dass dabei die gesetzten Ziele wirklich erreicht wurden.» Und bezüglich Umsetzung in den Kantonen heisst es im Bericht: «Hierzu muss verdeutlicht werden, dass diese Verpflichtungen (gemeint ist die Erfüllung der LRV, Anm. der Red.) nicht mit der Erstellung der Massnahmepläne enden. Diese müssen selbstverständlich auch verwirklicht sowie auf ihre Ergebnisse hin überprüft werden. (...) Wirksam-

keit und Kohärenz des Vollzugs der Luftreinhaltepolitik durch die Kantone sind nur dann gewährleistet, wenn die Kantone die notwendigen Voraussetzungen (finanzieller, personeller und materieller Art) schaffen, um die ihnen von der Gesetzgebung übertragenen Aufgaben bewältigen zu können.»

Auch im Kanton Zug gibt es klare Beispiele, wie der Vollzug der Luftreinhaltepolitik erschwert oder gar torpediert wurde und wird:

1. Der vom Kantonsrat beschlossene Personalstopp trifft auch das Amt für Umweltschutz. Die notwendigen (personellen) Voraussetzungen für eine wirksame Umsetzung sind dadurch nur teilweise gewährleistet.
2. Die geplante offizielle Umfahrung Zug – Baar (UZB) wird das Verkehrsaufkommen erwiesenermassen erhöhen. Dies steht im Gegensatz zum Reduktionsziel im Massnahmenplan.
3. Die Zuger Stadtplanung verbessert die PendlerInnenbilanz nicht – im Gegenteil. Auch dies ist ein klarer Widerspruch zu den Empfehlungen

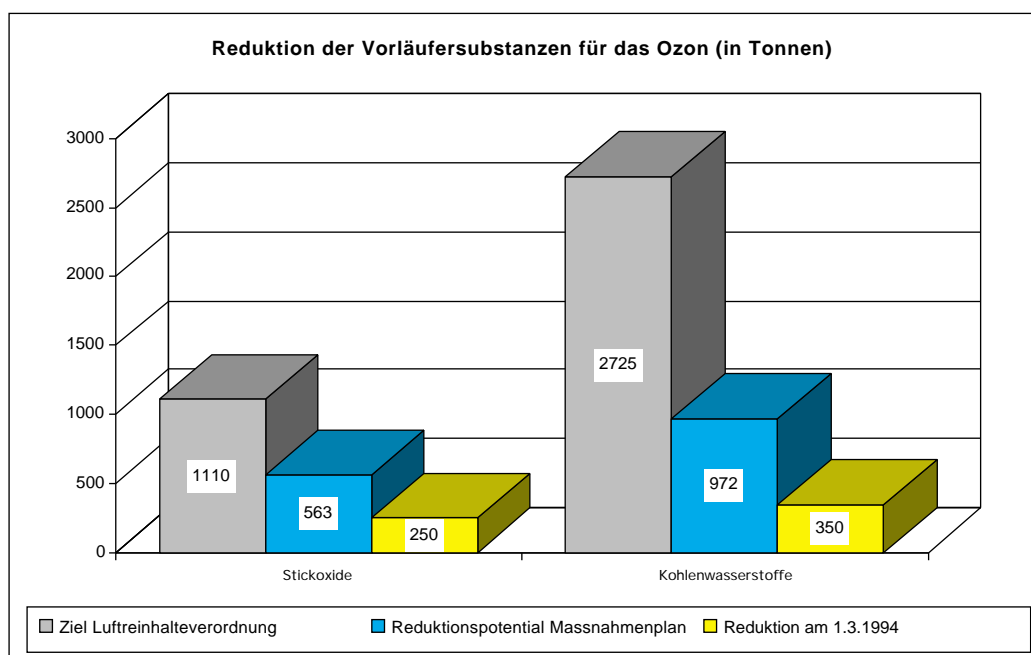
des Amtes für Umweltschutz.

4. Der Regierungsrat hat zwar vom Bericht des Amtes für Umweltschutz zur Luftreinhaltung zustimmend Kenntnis genommen, daraus aber keine weiteren Schlüsse gezogen (obwohl er dies als ausführendes Organ des Staates hätte tun müssen, da die aufgeführten Ziele im Massnahmenplan nur unzureichend erfüllt wurden). Erst aufgrund einer Interpellation von Arlene Wytenbach waren vom Baudirektor ein paar zusätzliche Massnahmen – strengere Tempokontrollen für Lastwagen, Einsatz für die bundesrätliche CO<sub>2</sub>-Abgabe – zu vernehmen.

**Die Grenzwerte des menschlichen Empfindens**

Doch es wäre falsch, die Fehler nur bei der Verwaltung zu suchen. Es gibt auch gesellschaftliche Gründe, die eine wirkungsvolle Umsetzung stark erschweren:

1. Als die Luftqualität von Jahr zu Jahr schlechter und die Problematik des Waldsterbens öffentlich bekannt wurde, standen diese Themen in der





Gunst der Öffentlichkeit weit oben. Während dieser Phase wurden dann auch einige Massnahmen eingeleitet (und andere versprochen, die aber später nie umgesetzt wurden). Doch heute, bei einer insgesamt leicht rückläufigen Luftbelastung (mit Ausnahme des Ozons), ist es bedeutend schwieriger, öffentlichen Druck zu erzeugen. Dasselbe lässt sich z.B. auch bei der Arbeitslosigkeit beobachten: Bei einer sinkenden Zahl von Arbeitslosen hat das Thema an Aktualität stark eingebüsst. Eine Sockelarbeitslosigkeit von wenigen Prozenten wird von der Mehrheit nicht mehr als akutes Problem wahrgenommen.

2. Die Grenzwerte werden in  $\mu\text{g}/\text{m}^3$  (in Worten: Mikrogramm pro Kubikmeter) angegeben. Zu diesen Grössen haben wir keinen Bezug.

3. Da die Ökologiebewegung noch relativ jung ist, fehlt vielen AktivistInnen zum Teil das Wissen um wichtige Zusammenhänge der Luftbelastung sowie ihrer Beziehung zu Boden und Gewässer (wer's nicht glauben will, muss unbedingt das Interview mit Albin Schmidhauser lesen). Dadurch kann sie ihre Funktion als Anwältin für die Umwelt nicht immer mit genügendem Nachdruck wahrnehmen.

4. Sekundärfolgen der Luftverschmutzung – Belastung von Böden und Gewässern, Ernteausfälle – sind erstens nicht immer leicht nachzuweisen, zweitens treffen sie die Gesellschaft unterschiedlich, und drittens sind sie unter Umständen erst nach Jahrzehnten ersichtlich. Doch zu diesem Zeitpunkt ist es für vorbeugende Massnahmen bereits zu spät. Demgegenüber werden PolitikerInnen für vier Jahre gewählt; verantwortliche TechnikerInnen und Behördenmitglieder können sich mit einer Kündigungsfrist von 3 bis 6 Monaten der weiteren Verantwortung entziehen. Kurzum: Unser Gesellschaftssystem ist nicht darauf

ausgelegt, Entscheidungen zu treffen, die dem Prinzip Nachhaltigkeit gebührend Rechnung tragen.

Luft wieder zu einem Thema machen

Es ist aber auch nicht zu übersehen – wie bereits eingangs erwähnt –, dass von «unserer» Seite her wenig Druck kommt, den Zielen der Luftreinhalteverordnung zum Erfolg zu verhelfen. Auch wir erliegen offenbar den gesellschaftlichen Trends. Oder haben wir die Hoffnung, etwas bewegen zu können – insbesondere im Verkehrsbereich –, begraben?

Bewegen können wir allerdings nur etwas, wenn wir folgende Punk-

te stärker thematisieren:

- ◆ die gesundheitlichen Folgen der Luftschadstoffe sowie die Bedeutung der Grenzwerte,
- ◆ die Sekundärfolgen der Luftverschmutzung und die  $\text{CO}_2$ -Problematik,
- ◆ die Beeinträchtigung der Lebensqualität im weitesten Sinne (Unfallgefahr, Lärm, getrennte Lebensräume, Zersiedelung, Individualisierung).

Eine gute Möglichkeit, diese Diskussionen zu führen, bietet die umverkehR-Initiative (mehr dazu im nächsten SGA-Bulletin). □

## Was der TCS verschweigt

Die bereits erwähnte TCS-Broschüre «Innerschweizer Luft – immer besser» vermittelt tatsächlich den Eindruck: «alles ist gut, alles wird besser».

Abgesehen davon, dass die  $\text{CO}_2$ -Problematik mit keinem Satz erwähnt wird, unterschlägt die Broschüre wichtige Tatsachen:

1. Der Anteil der durch den Verkehr bedingten Emissionen an den Gesamtemissionen nimmt ständig zu.
2. Die Talsohle in Sachen Stickoxid-Ausstoss ist nächstens erreicht, da der durch die Einführung des Katalysators bedingte Reduktionseffekt nicht mehr lange anhält (75% der Zuger Autos sind bereits mit einem Katalysator ausgerüstet). Die Zunahme des Verkehrs lässt in Zukunft wieder ein Anwachsen der Stickoxid-Belastung erwarten, insbesondere im Bereich der stark befahrenen Strassen.
3. Die Ziele der Luftreinhaltepoli-

tik sind bei weitem nicht erreicht, wenn die zur Einhaltung des Ozon-Grenzwertes erforderlichen Reduktionen der Vorläufersubstanzen Stickoxid und Kohlenwasserstoff als Vergleichsbasis verwendet werden. Denn selbst wenn der Grenzwert für Stickoxid einigermaßen eingehalten werden kann, genügt dies zur Verhinderung der massiven Grenzwertüberschreitungen beim Ozon noch lange nicht (notwendige Reduktion zur Einhaltung des Ozon-Grenzwertes: 1110 Tonnen/Jahr, notwendige Reduktion zur Einhaltung des Stickoxid-Grenzwertes: 330 Tonnen/Jahr, effektive Reduktion: 250 Tonnen/Jahr).

4. In einigen Teilen des Kantons werden die Stickoxid-Grenzwerte deutlich überschritten (insbesondere entlang von Kantonsstrassen, im Stadtzentrum Zug und im Ennetsee-Gebiet).

5. Die gesundheitlichen Folgen hoher Ozonkonzentrationen sind mit keinem Satz erwähnt.



# Wichtige Entscheide am Horizont

Offenbar hat der Entwurf des neuen Gastgewerbegesetzes einige Deregulierungs-Rhetoriker auf dem falschen Fuss erwischt: Auf jeden Fall stimmen bei dieser Vorlage die üblichen Rollen nicht – eine spannende Auseinandersetzung ist zu erwarten, gleich wie beim Gleichstellungsbüro.

Hanspeter Uster

Am 1. Juni setzte der Kantonsrat je eine Kommission für die Vorbereitung des Gastgewerbegesetzes bzw. des Kantonsratsbeschlusses für die – befristete! – Weiterführung des Gleichstellungsbüros ein. Leider fand im Regierungsrat der Antrag auf eine unbefristete gesetzliche Verankerung des Gleichstellungsbüros mit erweiterten Kompetenzen und Aufgaben keine Mehrheit – dem Büro blieb lediglich die Möglichkeit, seine Auffassung als abweichende Meinung in der Kantonsratsvorlage darzustellen. In der Kommission wie auch im Kantonsratsplenum kann, ja muss dieser Antrag wieder aufgenommen

## Congé-Vente: Unterschreiben!

Wer das Amtsblatt regelmässig liest, stellt immer wieder fest, dass ganze Mietsiedlungen verkauft werden. Mit der Alternative «Kauf – oder ziehe aus» können alle MieterInnen konfrontiert werden. Deshalb: die im Bulletin eingehaftete Congé-Vente-Initiative unterschreiben!

Wer unsicher ist, ob sie/er schon unterschrieben hat, braucht sich keine Sorgen zu machen: wir sortieren die «Doubletten» aus, bevor die Unterschriftenbögen zur Beglaubigung an die Gemeinden gehen.



### «Suchbild»: War dies Absicht oder Dilettantismus?

werden. Doch auch der Antrag, überhaupt auf ein Büro zu verzichten, wird aufgenommen werden – und einige sollen schon die Referendumsmesser wetzen...

Gastgewerbegesetz – weiter auf liberalem Kurs

Auch wenn das neue Gesetz gesamtschweizerisch das wohl liberalste sein dürfte: die Abschaffung von Polizeistunde, Bedürfnisklausel und Fähigkeitsausweis findet gerade in Wirtkreisen nicht nur Zustimmung, wobei eine Reihe von innovativen WirtInnen das Gesetz sehr begrüsst.

Gerade der Fähigkeitsausweis garantiert jedoch – entgegen der landläufigen Annahme – weder Qualität noch einen hohen lebensmittelhygienischen Standard: Dies schaffen nur die strengen Kontrollen des Kantonslabors, und die wird es weiterhin geben. Alle ande-

ren Auflagen dienen letztlich dem Schutz vor unliebsamer Konkurrenz und füllen – dank den obligatorischen Wirtkursen – die Kassen der Wirtverbände.

Assistenzdienst – und die Folgen?

Für mich sehr wichtig war beim Truppenbesuch der Regierung die Diskussion mit einigen Truppenangehörigen über den mit der Armee 95 neu möglichen Assistenzdienst – z.B. für die Bewachung des Zürcher Waidgefängnisses. Dabei müssen viele Kompetenz- und Abgrenzungsfragen (z.B. zwischen Polizei und Armee oder zwischen zivilen und militärischen Führungsstrukturen), muss aber auch die Stellung der betroffenen Armeeangehörigen noch sehr genau analysiert werden. Auf keinen Fall aber darf über den Assistenzdienst der Armee-Einsatz nach innen wieder salonfähig werden. □

# 62 + 2 = NEIN

**Diese Formel wurde von der Mehrheit der SGA gutgeheissen. Sie befindet sich damit in guter, aber auch etwas einsamer Gesellschaft mit den Gewerkschaften und einigen Feministinnen. Traditionelle Verbündete wie SP und Grüne aber fehlen.**

---

Sybilla Schmid

---

Was ist nur mit der Opposition im Land los? Bei der wichtigsten Weichenstellung im sozialen Bereich ist sie sich uneins. Die bürgerlichen Kräfte proben vereint den Sozialabbau und werden dabei sogar noch von den wichtigsten Parteien der Linken unterstützt. Wenn so etwas sogar bei der AHV möglich ist, um wieviel leichter wird es bei einer Arbeitslosen- oder bei einer Mutterschaftsversicherung sein?

## Urabstimmung in der SPS

Leicht hat es sich die SP mit ihrem Entscheid nicht gemacht. Sie hat bei ihren Mitgliedern eine Urabstimmung unter dem Titel «Mit Ja oder Nein für eine bessere AHV kämpfen?» durchgeführt, die allerdings auf bescheidene Resonanz stiess. Ganze 33% der Mitglieder nahmen an der Urabstimmung teil. War es das ungewohnte Verfahren oder die inhaltliche Verunsicherung, welche die niedrige Stimmbeteiligung der Basis verursachte? Ich weiss die Antwort auf diese Frage nicht, bedaure aber das Ergebnis der Urabstimmung sehr. 67% der Stimmenden votierten für ein Ja zur 10. AHV-Revision. Die Abstimmungsbroschüre liess BefürworterInnen und GegnerInnen gleichwertig zu Wort kommen, daran lässt sich nichts aussetzen. An vielen Orten wurde vor der Urabstimmung an Versammlungen seriös informiert und diskutiert. Wie also müssen wir die tiefe

Stimmbeteiligung und das JA deuten? Es gibt Stimmen, gerade in Gewerkschaftskreisen, die auf die veränderte soziale Zusammensetzung der SP-Mitgliedschaft hinweisen. Das Gesicht dieser Partei wird von eher gutverdienenden und gutausgebildeten Mittelschicht-VertreterInnen geprägt und weniger von der einst dominierenden proletarischen Basis. Letztere ist parteipolitisch wohl zunehmend weniger organisiert. Das bedeutet aber auch, dass dieser Teil unserer Gesellschaft es immer schwieriger haben wird, sich Gehör zu verschaffen.

SGB-Co-Präsident Vasco Pedrina wies in einem Interview in der Gewerkschaftszeitung der GBI, «Neue Gewerkschaft», vom 11.4.1995 auf die Folgen dieser Entwicklung hin: «Es ist eine Tatsache, dass in diesem Land Leute mit kleinem Einkommen entweder politisch abstinent sind oder – wie die AusländerInnen – kein Stimmrecht haben. Wenn es uns nicht gelingt, ihre Bedürfnisse und Interessen auch politisch und nicht nur gewerkschaftlich zu artikulieren, ist die Gefahr gross, dass sie bei den Rechtspopulisten landen. Im Tessin ist das mit der Lega bereits der Fall.»

## Alleingang der Grünen

Etwas leichter hat es sich die Grüne Partei gemacht. Sie meint wohl, das AHV-Dilemma umgehen zu können, indem sie mit eigenen Initiativen zum Thema aufwartet. Da diese Partei die soziale Frage erst in den letzten paar Jahren zu entdecken begonnen hat, geht sie mit einer fast naiv anmuten-

den Unbekümmertheit ans Werk. Statt die ebenfalls im Juni zur Abstimmung kommende AHV-Ausbau-Initiative der SP und der Gewerkschaften tatkräftig zu unterstützen, lancieren die Grünen im Alleingang gleich zwei neue Initiativen, was zum jetzigen Zeitpunkt mehr Verwirrung stiftet als nützt.

## «Wir Frauen für die 10. AHV-Revision»

Ich möchte nun auf den Abstimmungskampf zu sprechen kommen. Wir GegnerInnen der 10. AHV-Revision waren bis Ende Mai mit der Sammlung von Unterschriften für die AHV-Auffang-Initiative beschäftigt. Wenn ich nun den Abstimmungsprospekt und auch das Plakat des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes betrachte, mit den vielen Fotos von Frauen mittleren und fortgeschritteneren Alters, fällt mir das eher müde und meistens verhaltene Lächeln dieser Frauen auf. Ja, es sind Frauen wie Du und ich. Durchschnittsfrauen, keine Fotomodelle, keine Vorzeigefrauen, keine Managerinnen. Ganz anders präsentieren sich die Frauen des Schweizerischen Komitees «Wir Frauen für die 10. AHV-Revision». In ihren Inseraten erscheinen attraktive und gestylte Frauenbilder – so wie wir einmal gern sein würden.

Mit flotten Sprüchen wird geworben:

- ◆ «Die 10. AHV-Revision ist O.K. Sie anerkennt meine Arbeit als Mutter und Hausfrau. Auch finanziell.»
- ◆ «Mit der 10. AHV-Revision kann

Schweizerisches Komitee - Wir Frauen für die 10. AHV-Revision, PC 80-54362-7



«Die 10. AHV-Revision betrachtet mich als selbständige Persönlichkeit und nicht als Anhängsel meines Mannes.»

**Das Ja der Frau zur 10. AHV-Revision.**  
Nein zur AHV/IV-Initiative.

Das haben wir nicht verdient.



Das Rentenniveau für Frauen soll von 82 auf 64 Jahre herabgesetzt werden. Damit beträgt die 10. AHV-Revision neue Ungerechtigkeit:

- Die Herabsetzung des Rentenniveaus beträgt zusätzlich 38'000 Arbeitsplätze mehr. Dabei suchen bereits schon über 200'000 Menschen Arbeit.
- Frauen müssen zudem eine Einkommenssenkung von 1 1/2% Personen in Kauf nehmen.

Nein zur 10. AHV-Revision mit höherem Rentenniveau

ich mein Rentenalter frei wählen.»

◆ «Die 10. AHV-Revision betrachtet mich als selbständige Persönlichkeit und nicht als Anhängsel meines Mannes.»

Ob die Herren Allenspach, Blocher, Bortoluzzi, Frey und Kündig im nationalen Komitee der BefürworterInnen sich mit so viel Feminismus identifizieren können, bleibe dahingestellt. Sicher ist, dass die Taste Gleichberechtigung und Emanzipation sehr geschickt gedrückt wird. Auch ich fühle mich durchaus angesprochen von diesen Inseraten. Einzig die Vereinnahmung durch Formulierungen wie «Wir Frauen für...» und wie «Das JA der Frau...» stört mich, habe ich doch in den vielen Jahren des persönlichen Einsatzes für Frauenrechte immer wieder erfahren müssen und dürfen, dass Frauen durchaus unterschiedliche Interessen

und Ansichten haben können.

#### Vermarktung des Feminismus

Mich macht die Vermarktung des Feminismus, so ansprechend und zum Teil sicher auch ehrlich gemeint sie daher kommt, nachdenklich. Der grösste Angriff auf ein schweizerisches Sozialwerk in diesem Jahrhundert wird uns unter dem Deckmäntelchen «Verwirklichung von langjährigen Frauenanliegen» verkauft. Schlimmer noch, da es ja um Fraueninteressen geht, soll dieser Milliardenwindel auch ausschliesslich von Frauen bezahlt werden. Kaufen wir dem nationalen Pro-Komitee das ab? – Ich hoffe: nein.

Es will auch niemand wirklich, dass erwerbstätige Frauen zwei Jahre länger arbeiten. Die dafür zusätzlich

benötigten 35'000 Arbeitsplätze (Schätzung des Bundesrats) sind weder vorhanden, noch sollen sie geschaffen werden. Was Allenspach, Blocher und Co. wirklich wollen, ist etwas ganz anderes: Es geht um Geld! Man(n) will den Frauen die Rente zwei Jahre vorenthalten, und das trifft alle mit kleinen Einkommen und Renten, auch die Ehemänner!

Ein Ja am 25. Juni würde über kurz oder lang auch die Erhöhung des Rentenalters der Männer in die Diskussion einbringen. «67 für beide», davon träumen schon viele Soziallabauer. Doch es sind dieselben, welche keine Skrupel haben, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen oder kurzerhand abzubauen. Man will die Leute mit «lebenslanger» Rentenkürzung vorzeitig in Pension schicken, das ist die wahre Absicht. Sobald das AHV-

# Wochenende zum Thema «Politik und Spiritualität»

*«Eine der wichtigsten Erfahrungen, die uns in allen Lebensbereichen einholt, ist die Erkenntnis der Verwiesenheit und Abhängigkeit, sowohl aller Menschen untereinander, wie auch aller Menschen vom Planeten Erde. Die Einheit von allem mit allem ist die Grunderfahrung, die das Selbstverständnis der heutigen Menschheit zunehmend prägt. Die Erde entwickelte sich in allen Phasen ihrer Geschichte über je neue Vereinigungen: Elementarteilchen ziehen sich an, Atome verbinden sich, Zellen werden zum Zellverband, und Menschen werden zur Menschheit.» (Pia Gyger)*

---

Sybilla Schmid

---

Das eingangs zitierte evolutionäre Prinzip steht im Gegensatz zur Endzeitstimmung, welche dem Jahrtausendwechsel vorausgeht. Es eröffnet verantwortungsvollem politischem Handeln neue Perspektiven. Konflikte und Krisen münden nicht unweigerlich in eine Katastrophe, wenn sie als Vorboten von etwas Neuem, das entstehen will, erkannt und in diesem Sinn als Chancen genutzt werden.

Pia Gyger, langjährige Zentralleiterin des St. Katharinawerks in Basel, hat in einem Buch mit dem Titel «Mensch verbinde Erde und Himmel» zehn evolutionäre Prinzipien formuliert, die sich an das Welt- und Menschenbild des französischen Philosophen Teilhard de Chardin anlehnen. Prinzipien aber auch, die auf der konkreten Handlungsebene Antworten geben, z.B. auf die Frage: Welche Ent-

wicklungsschritte müssen wir Menschen jetzt tun, um nicht uns selber und die Erde vollends zu zerstören?

Die Programme und Wahlplattformen der Parteien, die sich im kommenden Herbst um Nationalratssitze bewerben, sollen auf dem Hintergrund dieser evolutionären Prinzipien auf ihre Zukunftsverträglichkeit hin überprüft werden. An einem Wochenende im Kurs- und Begegnungshaus «Fernblick» in Teufen werden die Selbstdarstellungen und Ziele der Parteien aus personaler, nationaler und globaler Perspektive betrachtet und beurteilt, um daraus Konsequenzen für das eigene politische Engagement abzuleiten. Das Wochenende richtet sich vor allem an Menschen, die nach neuen Formen des politischen Engagements suchen und sich mit neuer Kraft und Motivation am Aufbau des Organismus Menschheit versuchen wollen. Mehr möchte ich dazu noch nicht verraten, hoffe aber, Neugier und Interesse ge-

weckt zu haben. Auch ich selber betrete mit diesem Kurs Neuland. □

**Freitag 21. – Sonntag 23. Juli  
(18.30 bis 15.00 h)**

**Leitung:**

Dr. Anna Gamma, Psychologin,  
St. Katharinawerk, Basel  
Sybilla Schmid, Kantonsrätin  
SGA, Baar

**Kosten:**

Kurs Fr. 160.– bis Fr. 260.– (je nach Möglichkeit). Pension: Einzelzimmer Fr. 144.–, Doppelzimmer Fr. 130.–.

**Auskunft und Anmeldung:**

Bis Anfang Juli bei Sybilla Schmid  
Telefon 042/ 31 89 13 privat  
Telefon 042/ 53 44 44 Büro

Rentenalter erhöht wird, ziehen die Pensionskassen nach. Bei vorzeitiger Pensionierung im Alter 62 können grosse Summen von Arbeitgeberbeiträgen eingespart werden. Die Rentenkürzung geht voll zulasten der Versicherten, und zwar bis zu deren Tod. Es ist für mich ausserordentlich schmerzlich zu sehen, wie verschiedene Frauenanliegen einmal mehr gegeneinander ausgespielt werden können. Bis jetzt hat die Gleichstellungspolitik den Frauen mehr Opfer abverlangt, als dass sie ihnen über das formale hinaus viel gebracht hätte. Die Löhne der meisten Frauen sind

immer noch viel tiefer als die der Männer, und der Frauenanteil bei den Erwerbslosen ist im Verhältnis zur Erwerbsquote immer noch viel zu hoch. Und noch immer leisten die Frauen fast die ganze Reproduktionsarbeit unbeachtet, leise und vor allem GRATIS!

**Zahlen zum Schluss**

Die Erhöhung des Rentenalters bedeutet einen starken Sozialabbau. Sie bringt Einsparungen von 800 Millionen Franken im Ausgangsjahr. Die Frauen zahlen damit die gesamten

Kosten der 10. AHV-Revision und demographisch bedingte Mehrkosten. Jahr für Jahr entlasten sie nach voller Wirksamkeit der Revision die AHV-Kasse um 2 Milliarden Franken. Bis ins Jahr 2015 machen die finanziellen Entlastungen durch den zweiten Teil der Revision über 10 Milliarden Franken aus.

Es geht um viel Geld am 25. Juni. Es geht aber auch um unseren Sozialstaat und um Gerechtigkeit. Ich hoffe, dass viele SGA-Bulletin-LeserInnen am Abstimmungswochenende ein Nein zur 10. AHV-Revision in die Urne legen werden. □

» frontal » frontal » frontal » frontal » frontal » frontal » frontal »

Wo ist bloss die **SVP** geblieben? Die Frage stellte sich kürzlich ein wenig betrübt ein SGA-Parlamentarier. Politik ohne fitten Sparringpartner macht doch nur halben Spass. Oder hat die SVP ihren Wahlslogan („echte Volksvertreter“) zu wörtlich genommen – die Mehrheit des Stimmvolkes schweigt ja auch?

✱

Gehandelt hat der neue Steinhauser Gemeinderat: kaum im Amt, werden drei unbequeme Frauen aus zwei Kommissionen geschmissen. Weil die lokale Presse es bisher für unnötig befunden hat, den Skandal als solchen zu behandeln und selber zu recherchieren, findet die Auseinandersetzung vor allem in den LeserInnen-briefspalten statt. Besonders hervorgerufen hat sich dabei der Präsident der FDP-Steinhausen. Als bei einer Aussprache seine Behauptungen Punkt für Punkt widerlegt wurden, meinte **Heinz Tännler** am Schluss treuherzig, man solle das doch nicht so ernst nehmen, es sei ja bloss ein Leserbrief gewesen.

✱

Ernster mit der Wahrheit nimmt es der kantonsrätliche Protokollführer bei seiner Aufgabe, ein akkurates Protokoll der Kantonsratssitzungen zu erstellen. Regelmässig grosse Freude herrscht deshalb am Beisitzerpult, wenn der Steinhauser FDP-Kantonsrat **Leo Ohnsorg** das Rednerpult erklimmt. Der setzte kürzlich in seiner Funktion als Chef des kantonalen Katastrophenkorps und in Replik auf die Interpellation seines Steinhauser Intimfreundes **Toni Kleimann** von der Frischen Brise (Thema: Regionalisierung im Zivilschutz) wieder einmal zu

einer seiner beliebten oralen Slalomfahrten an, die dann irgendwo im rhetorischen Nirwana zwischen Jugoslawien und einer Zuger Zivilschutzanlage endete respektive versandete. Was er genau sagen wollte, liess sich auch anhand der Tonbandaufnahme beim besten Willen nicht eruieren ...

✱

Ebenfalls ernst mit der Wahrheit nimmt es der Ex-Chefredaktor **Cäsar Rossi**: Während er 1989 als Reaktion auf Enthüllungen der SGA über den Zuger Alt-CVP-Bundesrat Etter noch Gift und Galle gegen die Überbringer der schlechten Nachrichten spie, bleibt er diesmal angesichts wesentlich massiverer Vorwürfe ruhig. Die Wahrheit ist manchmal unbequem, man lässt sie lieber in Ruhe.

✱

«Wie bequem ist die SP?» fragte sich die letzte Nummer des **eSPe-Blattes** und schlussfolgerte in einer Aufwaltung von Erkenntnis, dass der «Bedarf für eine stärkere, schlagkräftigere, unbequemere SP vorhanden wäre». Nicht verstanden oder missverstanden oder nicht gelesen hat der SP-Regierungsrat Birchler die zitierte Selbstanalyse. Seine Landamman-Rede anlässlich der offiziellen Zuger Feierlichkeiten zum Kriegsende dürfte nämlich zu den unkritischsten in der ganzen Schweiz gehört haben – und vom Zuger Etter kein Wort. Das hätte ja unbequem werden können ...

✱

Unbequem wird es dagegen für einen Teil der Zuger Wirte: jetzt wird dereguliert. Nicht rhetorisch, nein, real! Und siehe: alles Gerede über zuviel

Gesetze, zuviel Reglementierung und zuviel Staat gilt plötzlich nichts mehr. Eine Umfrage in der Aprilnummer des «**ZUGER GEWERBES aktuell**» bringt es zum Vorschein. Da wird gefragt: «Deregulierung war 1994 das Modewort schlechthin. Aber Hand aufs Herz, haben sie davon auch etwas gespürt? Wo? Oder weshalb nicht?»

Hoher Pulsschlag beim Herz des Wirtverbandes! Seine Antwort, vollständig und wahrheitsgetreu zitiert: «Bis heute nicht. Jetzt wird aber versucht, im neuen Gastgewerbesgesetz alles nachzuholen, was an anderer Stelle verpasst wurde. Diese 100 Prozent Deregulierung im Gastgewerbe ist nicht in unserem Sinne.»

✱

Überhaupt, die Deregulierung! In der Dezemberrummer des «**ZUGER GEWERBES aktuell**» beschäftigte sich Nationalrat **Stucky** mit den Gründen für den wachsenden Misskredit der Politiker beim Stimmvolk. Schuld sind natürlich v.a. die Linken, die Grünen und die Medien. In der gleichen Nummer erteilt der Baarer Generalunternehmer **Alfred Müller** dem Baarer Politiker Stucky eine wohl unbeabsichtigte Lektion zum Thema Deregulierung: «Was ein echter Politiker ist, ist um eine klare Schuldzuweisung für den mittlerweile undurchdringlich gewordenen Gesetzesdschungel nicht verlegen: die 'Linken'. Zuerst brocken sie uns die unmöglichsten Gesetze ein, und nun verhindern sie den dringend nötigen Abbau. So weit, so gut, wäre da nicht die Krux mit den Mehrheiten in den Parlamenten. Oder stimmt es etwa nicht, dass die 'Rechten' in allenmassgebenden Räten seit Jahren über komfortable Mehrheiten verfügen? Wer hat wohl was beschlossen?»

» frontal » frontal » frontal » frontal » frontal » frontal » frontal »

# Unbequeme und eigenständige Frauen unerwünscht

Ein eigentlicher Skandal spielte sich Anfang Jahr in Steinhausen bei der Bestellung der gemeindlichen Kommissionen ab. In einem Gespräch mit einer der betroffenen Frauen zeigt das Bulletin Hintergründe auf. Ursula Meier, 46, ist Mutter von drei Kindern, Gründungsmitglied der Asylbrücke und im Kantonalvorstand der SP.

---

Interview \* Martin Stuber

---

**Bulletin:** *Kannst Du kurz die Ereignisse rund um die Commissionsbestellung rekapitulieren?*

**Ursula Meier:** Die Wahlen ergaben neue Parteistärken im Gemeinderat (Sitzverlust der Frischen Brise zugunsten der FDP) und einen Wechsel im Gemeindepräsidium, das neu an die FDP ging.

An seiner ersten Sitzung beschloss der Gemeinderat ohne grosse Diskussion mit 4 : 1-Stimmen die Reduktion der Sozialkommission um zwei Sitze sowie eine parteipolitische Neuzusammensetzung der gemeindlichen Kommissionen. Von der SP und der Frischen Brise wurde verlangt, die aus der Schulkommission und der Sozialkommission zurückziehenden Mitglieder zu benennen.

Wir haben uns geweigert, jemanden aus den Kommissionen zurückzuziehen.

*Weshalb habt Ihr Euch denn geweigert; schliesslich hat die Zusammensetzung des Gemeinderates ja geändert?*

Es gibt kein Reglement, welches vorschreiben würde, dass die Zusammensetzung der gemeindlichen Kommissionen den Parteienproporz im Gemeinderat präzis widerspiegelt. Die Bestellung der Kommissionen liegt im alleinigen Ermessen des Gemeinderates.

In den letzten acht Jahren wurde nie ein Commissionsmitglied zum Rücktritt gezwungen oder nicht mehr

wiedergewählt. Anpassungen an die Parteienstärke fanden nur bei freiwilligen Rücktritten aus den Kommissionen statt, und auch hier nicht immer: Letzten Sommer wurde ein zurücktretendes Schulkommissionsmitglied der FDP wiederum durch ein FDP-Mitglied ersetzt, obwohl dies nicht der damaligen Stärke der FDP im Gemeinderat entsprach. Wir beanspruchen dieses Gewohnheitsrecht auch für uns.

*Wie hat der Gemeinderat auf diese Weigerung reagiert?*

Der Gemeinderat hat von sich aus zwei Frauen der Schulkommission (Monica Studerus Schmid und mich) und eine Frau der Sozialkommission (Manuela Weichelt) nicht mehr gewählt. Bezeichnenderweise waren die beiden Schulkommissionsfrauen Mitglieder der Arbeitsgruppe Oberstufe.

*Haben denn vorgängig keine Gespräche zwischen SP, Frischer Brise und dem Gemeinderat stattgefunden?*

Nein, nie! Zum Teil kannte der neue Gemeinderat nicht einmal die betroffenen Frauen...

Nach der Nichtwiederwahl sind mit einer Ausnahme alle SP- und Frische-Brise-Kommissionsmitglieder in den politischen Ausstand getreten und haben vom Gemeinderat ein Rückkommen auf seinen Entscheid verlangt. Nach der Weigerung des Gemeinderates sind dann aus Protest und in Solidarität mit den betroffenen Frauen mit einer Ausnahme alle freiwillig aus den gemeindlichen Kommissionen und aus dem Wahlbüro mit



«Im Volk, d.h. v.a. bei Frauen, wird der Affront empfunden.»

■ Bild Bulletin

sofortiger Wirkung zurückgetreten. Ein Gespräch des Gemeinderates mit allen Ortsparteipräsidien nach unserem Ausstandsentscheid brachte nichts.

*Wie empfindest Du das Vorgehen des Gemeinderates?*

Meine Arbeit während fünfeinhalb Jahren wird nicht ernst genommen und teilweise zunichte gemacht. Konkret geht es v.a. um meine Tätigkeit als Vorsitzende der Projektbegleitgruppe zur Integration von Werk- und Realschule. Das in zweijähriger intensiver Arbeit entwickelte

Projekt hätte im kommenden Sommer realisiert werden sollen. Nach meiner Abwahl ist dies nicht mehr möglich.

*Welche Rolle haben die Auseinandersetzungen um die Oberstufe gespielt?*

Um die Probleme in der Oberstufe anzugehen, wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der Monica Studerus Schmid, ich, Jörg Meier von der CVP und Hans Rudolf Berchtold von der FDP angehörten. Eine produktive Tätigkeit dieser Arbeitsgruppe war nur schwer möglich, weil völlig unterschiedliche Ansichten über das Vorgehen bestanden.

*Was sind denn die Probleme an der Oberstufe?*

Es gibt LehrerInnen, die den Anforderungen nicht mehr genügen, und SchülerInnen, die stark darunter leiden. Es kommt sogar vor, dass Eltern ihre Kinder deshalb in andere Schulen schicken. Das Lehrerteam ist zerstritten. Bestimmte LehrerInnen mit Parteiprotektion können sich unakzeptable Freiheiten herausnehmen (z.B. Schule schwänzen). Ein ehemaliger Schulhausvorsteher war den Problemen offensichtlich nicht mehr gewachsen. Die Schulleitung war nicht fähig, auf dessen eigene Suchtprobleme zu reagieren.

Der während 10 Jahren als Schulkommissionsmitglied die Oberstufe visitierende FDP-Mann Hans Rudolf Berchtold hat gegen alle diese Unzulänglichkeiten über Jahre hinweg nichts Effizientes unternommen.

*Der freisinnige Gemeindepräsident Marti «löst» also die Probleme seines Parteikollegen Berchtold, indem er zwei ihnen unbequeme Frauen aus der Schulkommission entfernt?*

Aber die Probleme in der Oberstufe werden damit nicht gelöst!

*Was meint denn die Parteibasis der*

*FDP und der CVP zu diesem Vorgehen?*

Bei der CVP spürte ich beträchtlichen Unmut über das Vorgehen des Gemeinderates, es gab sogar einen Parteiaustritt. Von der FDP weiss ich nichts. Aber im Volk, d.h. v.a. bei Frauen, wird der Affront empfunden.

*Wie geht es jetzt weiter, nachdem Frische Brise und SP in den Kommissionen nicht mehr mitarbeiten?*

Ich möchte hier deutlich sagen, dass die Solidarität der anderen Kommissionsmitglieder mich beeindruckt und gefreut hat. Ich empfinde es auch

als Wertschätzung meiner Kommissionsarbeit.

In Zukunft werden wir unsere politische Arbeit über Motionen, Interpellationen und Interventionen an der Gemeindeversammlung einbringen. Im übrigen bin ich gespannt, was CVP und FDP zustande bringen.

Wir verlangen die Ausarbeitung eines Reglementes, das klar festlegt, wie die Kommissionen in Zukunft bestellt werden, um so der Willkür des Gemeinderates einen Riegel zu schieben. □

\* Das Interview fand am 24. Mai statt.

## Sozialarbeit kann jedeR

Die Sozialkommission wurde im Sommer 1993 gegründet. Eine paritätische Zusammensetzung war zu diesem Zeitpunkt kein Thema. Die FDP war übervertreten. Der Sozialvorsteher Rolf Gerber sah eine Fachkommission mit VertreterInnen aus dem medizinischen, dem sozialen oder psychologischen und dem juristischen Bereich vor. Leider respektierten dies die bürgerlichen Parteien wenig. Es wurden Leute gewählt, die sich als FinanzkontrolleurInnen des Sozialwesens verstanden. Ihr einziges Ziel war, die Kostensteigerung in den Griff zu bekommen. Dabei schien sie die gesamte Arbeits- und Wirtschaftslage der Schweiz nicht zu interessieren. Einführungen ins Sozialhilferecht und Besuche von Institutionen betrachteten sie als Zeitverschwendung. Die bürgerliche Mehrheit forderte Akteneinsicht und Daten. Der Regierungsrat warnte aus ethischen Überlegungen vor dem Einsatz der Sozialkommission als Untersuchungsorgan. Ich fragte mich häufig «Wie sozial ist die Sozialkommission?».

Als die bürgerlichen Mitglieder keinen Weg sahen, an ihr Ziel zu ge-

langen, beantragten sie im August 94 die Sistierung der Kommission. Dass damit auch meine konstruktive Arbeit für eine Abklärung betreffend «Bedürfnisse familienergänzender Kinderbetreuung» sistiert wurde, störte sie nicht. Diese Abklärung ist ein hängiges Anliegen von 627 PetitionärInnen.

Im Februar 95 teilte mir der neukonstituierte Gemeinderat meine Nichtwiederwahl mit. Dies, obwohl ich die einzige Fachfrau (dipl. Sozialarbeiterin HFS) in der Kommission war, am meisten Sitzungspräsenz aufweisen konnte und den grössten Arbeitsaufwand leistete. Oder vielleicht gerade deshalb. Eine junge Fachfrau, die ihr Wissen einbringt und berufspolitisch argumentiert, ist für unseren neuen Gemeinderat offenbar eine Bedrohung. Er ist sogar der Meinung, dass es in der Sozialkommission keine Leute mit speziellen sozialen Ausbildungen braucht, da er jede Person mit einem sozialen Engagement als Fachfrau oder -mann betrachtet. Alles andere ist für ihn überheblich.

*Manuela Weichelt, Frische Brise*

# Schulfrei, suchtfrei, verkehrsfrei ...

**Zwei Schwerpunkte prägten die letzten drei Kantonsratssitzungen: die Teilrevision des Schulgesetzes mit dem Hauptthema schulfreier Samstag und die Debatte um die versuchsweise Drogenabgabe respektive die SVP-Initiative zur restriktiven Drogenpolitik. Zusätzlich gaben einige Interpellationen viel Diskussionsstoff.**

---

Arlene Wytttenbach

---

Bereits zum zweiten Mal in der erst halbjährigen neuen Legislatur beantragte ein CVP-Kantonsrat – diesmal Beat Villiger – die Nichtüberweisung einer Motion aus der Alternativen Fraktion. Es ging um die Motion von Jo Lang «für eine öffentlichkeitsfreundliche, bürgerInnennahe Verwaltung». Der Baarer Gemeindegemeinschafter wollte sie nicht überwiesen haben. Der Rat stimmte aber klar für Überweisung, und wir hoffen, dass dies ein Zeichen ist, Eingaben wieder grundsätzlich zur Beantwortung zuhanden der Regierung zu überweisen.

## Partei- oder Sachpolitik?

Ein Grossteil der Schulgesetzdebatte drehte sich um den schulfreien Samstag: den Zeitpunkt der Einführung und die Bedingungen für Schülerinnen und Schüler (Unterrichtszeit und Stundentafel). Nur wenige Votantinnen und Votanten äusserten sich zur Neudefinition des Amtsauftrages und der Amtszeit der Lehrpersonen. Anne Ithen, Sprecherin der Alternativen Fraktion, ging darauf ein. Sie begrüsst die Massnahmen zur Qualitätsförderung der Schule wie Teamarbeit oder Pflege der eigenen Schulhauskultur, sagte aber auch klar, dass diese Ziele viel Zeit und Energie erfordern und nicht zum Nulltarif zu haben sind. Deshalb vermisse sie auch die flankierenden Massnahmen und fand es paradox, das Pensum der Lehrpersonen in der glei-

chen Revision um eine Stunde aufzustoßen. In der Detailberatung stellte Luzia Gassner (SP) den Antrag, die Mehrbelastung der 6.-Klass-Lehrpersonen im Zusammenhang mit dem Übertrittsverfahren und der Lehrpersonen der Sek I für die besondere Betreuung der SchülerInnen mit 3/4 Stunden wöchentlich zu kompensieren. Obwohl dieser Antrag von der Regierung unterstützt wurde, lehnte ihn der Rat mit 47:26 Stimmen ab. In der 2. Lesung wurde der gleiche Antrag von Max Übelhart (CVP) nochmals gestellt und diesmal mit 43:26 Stimmen angenommen. Hat ein Teil der CVP-Fraktion grundsätzlich Mühe, einem Antrag der Linken zuzustimmen? Oder hat ein Teil den Einsatz verpasst? Immerhin war der eigene CVP-Regierungsrat für den Antrag.

Mit einem kleinen Eklat endete die Abstimmung über die Kompetenz der Regierung, an den kantonalen Schulen die wöchentliche Arbeitszeit und die Zahl der Schulhalbtage zu bestimmen. Die vorberatende Kommission beantragte eine klare Definition, nämlich mindestens neun Schulhalbtage und für das Untergymnasium und das 3. Wirtschaftsgymnasium den schulfreien Mittwochnachmittag. Der Regierungsvorschlag unterlag mit 7:64 Stimmen!

## Frauenanteil in ausserparlamentarischen Kommissionen

Hanspeter Uster hatte die unangenehme Aufgabe, eine Interpellation von Andrea Hodel (FDP) über die Nichtwahl von Claudia Bourquin

(ebenfalls FDP-Kantonsrätin) in die kantonale Liegenschaftsschätzungskommission zu beantworten. Während dem Verlesen der Antwort wurde schnell klar, dass Hanspeter diesen Entscheid nicht unterstützte. Laut Regierung hatte die bessere Qualifikation zur Wahl des männlichen Bewerbers geführt. Dies wurde von Andrea Hodel, Sybilla Schmid und Rosemarie Rossi in Frage gestellt. Und ein Vergleich mit den bereits gewählten Mitgliedern der Kommission zeigte, dass Claudia Bourquin als Architektin überdurchschnittlich qualifiziert ist.

Bleibt die Frage, wie die Regierung gedenkt, den von ihr selber beschlossenen Frauenanteil von 30 % für alle ausserparlamentarischen Kommissionen zu verwirklichen und in welchem Zeitraum.

## Drogendebatte: lang und intensiv

Die Sitzung Anfang Mai stand ganz im Zeichen von drei drogenpolitischen Vorlagen. Als erstes wurde endlich die Interpellation «zur Lettenräumung und zu dem Versuch ärztlich kontrollierter Drogenabgabe» behandelt. In ihrem Votum zeigte die Interpellantin, Manuela Weichelt (Alternative Fraktion), auf, weshalb sie die Antwort als zu wenig konkret, teilweise auch als unseriös empfand. Auf die Frage nach den Hilfeinrichtungen im Hinblick auf die Lettenschliessung, zum Beispiel Spritzenautomaten, antwortete die Regie-





Samstags endlich frei?

■ Bild Bulletin

rung (Ende Januar), dass die Schaffung einer Spritzenaustauschmöglichkeit in Prüfung sei. An der Sitzung Anfang Mai war aber weder Standort, Trägerschaft noch zeitliche Realisierung geklärt.

Die SVP-Initiative «für eine abstinenzorientierte Drogenpolitik» fand im Rat keine Unterstützung. Die SprecherInnen der FDP-, SP- und Alternativen Fraktion lehnten eine solche repressive Drogenpolitik klar ab. Von der CVP, der grössten Kantonsratsfraktion, nahm niemand Stellung. Bei der Abstimmung musste der Kantonsratspräsident Röbi Baumgartner dreimal ansetzen, bis der ganzen CVP-Fraktion klar war, was sie stimmen sollte. So wurde schlussendlich der Antrag, dem Volk die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, mit 63 zu 3 (SVP-) Stimmen angenommen.

Am längsten zu reden gab die Vorlage zum «Versuch mit ärztli-

cher Verschreibung von Betäubungsmitteln». Die SP- wie auch die Alternative Fraktion waren geschlossen dafür, auch Matthias Michel sprach sich im Namen der FDP-Fraktion für diesen Versuch aus. Fraktionschef Herbert Arnet stellte im Namen einer deutlichen Mehrheit der CVP-Fraktion den Antrag, auf die Vorlage nicht einzutreten. Die Debatte zeigte die Spaltung der CVP und deren Mühe mit der Liberalisierung in der Drogenfrage. Deutlicher als erwartet wurde schliesslich Eintreten beschlossen, mit 51 zu 13 Stimmen, bei circa 7 Enthaltungen. Bei der Schlussabstimmung wurde die Vorlage mit 50 zu 13 Stimmen angenommen. Neben den 3 SVP-Stimmen waren mehrere CVP-VertreterInnen und ganz wenige FDP-Kantonsräte gegen den Drogenabgaberversuch. Offensichtlich bewirkte die Erfolglosigkeit der repressiven Drogenpolitik bei vielen ein Umdenken.

### Interpellationen gingen unter

Da sich die Drogendebatte bis in den Nachmittag hineinzog, wurden die neu eingegangenen Vorstösse erst am Schluss der Sitzung überwiesen respektive beantwortet. Vor bereits gelichteten Reihen wurden noch rasch vier Interpellationen beantwortet. Ich appellierte an die Regierung, die von mir eingereichte Interpellation «zur Luftreinhalteverordnung und Ozonbelastung» schriftlich zu beantworten, da nur schon die Antwort des Baudirektors mindestens eine Viertelstunde Zeit brauchen würde. Regierungsrat Twerenbold beharrte auf der mündlichen Beantwortung und nahm zu den zwölf Fragen Stellung.

Eine Frage betraf die Reduktion des motorisierten Pendlerverkehrs – im Massnahmenplan gegen übermässige Luftschadstoffe war das Ziel eine 25%ige Reduktion. Erstaunlicherweise ist der Regierung die Entwicklung des Pendlerverkehrs seit Erlass des Massnahmenplans (im Jahre 1990) im Detail nicht bekannt. Erst im Rahmen der Revision der Verkehrsrichtplanung sollen die bisherige und die zukünftige Entwicklung abgeklärt werden. Weiter konnte der Baudirektor auch keine zusätzlichen Massnahmen aufzählen, die zu einer Verminderung des Individualverkehrs führen würden. Er verwies einzig auf die Bewirtschaftung des bestehenden Parkplatzangebotes (was noch nicht einmal bei der kantonalen Verwaltung eingeführt ist!...) und das kantonale Parkplatzmusterreglement, das bisher von fast keiner Gemeinde übernommen worden ist.

Interessant waren die Ausführungen über die Revision des Verkehrsrichtplanes und die Eindämmung der Verkehrsbelastung. Die Planung wird auf dem bestehenden Verkehrsnetz basieren (keine neuen Strassen). Allfällige Aus-/Neubauten von Strassen dürfen keine Leistungserhöhung zur Folge haben. Explizit erwähnt wurden die Umfahrung Zug – Baar mit Riegel Postplatz und eine allfällige Umfahrung Cham mit Riegel im Dorfzentrum. Eine Stadtfahrt ohne Mehrverkehr? □

# Diskussionsrunde zur Europafrage

Zum vierten Mal trafen sich am Sonntag, 9. April 1995, rot-grün-lila Bewegte aus der ganzen Deutschschweiz zum Zuger Symposium. Auf Einladung der Sozialistisch-Grünen Alternative (SGA) diskutierten sie diesmal vor allem über die Europa-Perspektiven der Schweiz und die sozialen Fragen. Wir dokumentieren die von MOMA-Redaktor Josef Lang geleitete Diskussion. Roland Brunner besorgte die auszugsweise Abschrift. \*

**Josef Lang:** *Die Europa-Initiative verlangt die Sicherung der sozialen Errungenschaften. Was versteht Ihr darunter?*

**Sabina Döbeli:** Wir wollten mit der Verankerung der sozialen und der ökologischen Forderungen in der Initiative dem Bundesrat ein klares Mandat anstelle eines Blankochecks überweisen. Wie diese flankierenden Massnahmen konkret aussehen müssen, wird bei uns noch diskutiert. Die Europa-Integration der Schweiz würde gerade auch für sozial Schwächergestellte Verbesserungen bringen. Wir müssen die sozialen Ängste der Menschen ernst

nehmen, ihnen Europa vertrauter machen und die sozialen Vorteile erklären. Wir müssen die Europa-Diskussion grundsätzlich führen und sie nicht an Streitereien über kleine Vor- oder Nachteile aufhängen.

**Paul Ruppen:** Diese Initiative bietet keine Perspektive. Sie macht Druck in eine Richtung, die von Politik und Medien schon eingeschlagen wird. Sie setzt sich ein für ein europäisches Grossmachtprojekt, wie dies in vielen Äusserungen – auch von sozialdemokratischen Europa-PolitikerInnen – offen gefordert wird. Die propagierte Offenheit ist hier eher Feigenblatt als Programm. Die Europäische Union bildet einen Block, statt dass Probleme direkt vernetzt von einzelnen Regionen, Ländern, Gruppen usw. angegangen werden. Statt ein friedensfähiges Beziehungsnetz zu weben, knüpft die EU ein friedensgefährdendes Weltmachtprojekt.

**Peter Bodenmann:** Ökonomisch und politisch hat die Internationalisierung längst stattgefunden. Der Wettlauf der Standorte ist eine Tatsache. Der Kapitalismus hat sich im Weltdorf durchgesetzt. Die Linke muss das Primat der Politik einfordern, und dazu brauchen wir relevante Räume, die überhaupt noch eine politische Regulation zulassen. 95 Prozent der westeuropäischen Linken sind in der EU. Die Frage ist also nur,

ob wir unsere zwei oder drei Prozent da auch einbringen können und ob wir beim Versuch mitmachen wollen, Europa sozial, ökologisch und demokratisch zu gestalten. Die Initiative «Ja zu Europa» ist gut. Meinungsverschiedenheiten haben wir aber bezüglich der notwendigen sozialen Mitgestaltung. Wenn es in der Schweiz eine Mehrheit für den Integrationsprozess geben soll, müssen die sozialen Ängste der Leute ernst genommen werden, sonst ernten wir nationale und nationalistische Stimmungen. Wir sind gezwungen, klar Stellung zugunsten der Verteidigung der sozialen Errungenschaften zu nehmen. Der oft ungenaue und beliebige Diskurs der EU-BefürworterInnen macht mir da angst: Damit können wir vielleicht die neuen Mittelschichten ansprechen, aber Lohnabhängige und ältere Menschen werden wir kaum damit überzeugen, dass jetzt alles etwas offener und beweglicher werde.

**Katrin Kuhn:** Die Initiative «Ja zu Europa» entspricht mit ihrer klaren Deklaration zu einem Beitritt der Schweiz auch der klaren Stellungnahme, die Parteispitze und Bundesratsfraktion der Grünen Partei nach dem EWR-Nein abgegeben haben. Sie entspricht auch meiner persönlichen Meinung. Die Diskussion an unserer Parteibasis ist aber noch nicht abgeschlossen, da wir dies als längeren Prozess betrachten. Von ei-

Katrin Kuhn ist Grossrätin der Grünen Partei Aargau und deren Ständeratskandidatin.

Sabina Döbeli ist Mitbegründerin der Bewegung «Geboren am 7. Dezember», Zentralsekretärin der Europäischen Bewegung Schweiz, Mitinitiantin der Europa-Initiative und Mitglied der Geschäftsleitung der FDP.

Andreas Gross ist Mitbegründer von «eurotopia» und SP-Nationalrat.

Paul Ruppen ist Mitglied des Forums für direkte Demokratie.

Peter Bodenmann ist Präsident der SPS und Mitglied des Nationalrates.



**Andreas Gross:** «Wir müssen uns die Möglichkeiten erkämpfen, den Markt in soziale und ökologische Leitplanken zu zwingen, genau so, wie dies im 19. Jahrhundert auf nationaler Ebene gemacht wurde.»

ner kleinkrämerischen Aufrechnung von Vor- und Nachteilen hat sich bei uns die Diskussion aber weiterentwickelt zu einer grundsätzlicheren Beteiligungsdiskussion. Die soziale Frage und die sozialen Errungenschaften, die hier jetzt

immer wieder erwähnt wurden, müssen wir aber auch ernst nehmen, wenn wir der EU nicht beitreten und den Sonderfall Schweiz feiern wollen. Sozialen Ängsten müssen wir mit sozialen Sicherheiten begegnen – Europa hin oder her.

**Andreas Gross:** Ich werde die Europa-Initiative unterschreiben, sobald wir einen eigenen «eurotopia»-Initiativbogen gedruckt haben, in dem die Initiative eine eigene Begründung erhält. Die europäische Integration ist kein Ziel an sich, sondern ein Mittel. Unsere ökologischen und politischen Interessen als politisch Handlungsberechtigte und gegenüber der Wirtschaft auch Handlungsfähige brauchen eine transnationale Ebene, eine transnationale Verfasstheit und Verfassung. BürgerInnen müssen politischen Entscheidungszugriff erhalten auf die internationalen Ebenen, auf denen sich die Ökonomie längst bewegt. Angesichts der globalen wirtschaftlichen Integration gibt es keine nationale Freiheit mehr. Wir müssen uns die Möglichkeiten erkämpfen, den Markt in soziale und ökologische Leitplanken zu zwingen, genau so, wie dies im 19. Jahrhundert auf nationaler Ebene gemacht wurde. Zwanzig Prozent der Menschen in der Schweiz sind heute von einer Integration völlig überzeugt. Dreissig Prozent sind absolut dagegen, und die Hälfte der SchweizerInnen ist hin und her gerissen, verunsichert und verängstigt. Der Initiativtext und der Diskurs der InitiantInnen antworten viel zu unpräzise auf die Ängste dieser fünfzig Prozent.

*Besteht bei Dir, Sabina Döbeli, und bei Deiner Partei nicht ein Widerspruch, wenn Du einerseits die sozialen Errungenschaften verteidigen willst, um den Integrationsprozess der Schweiz in die EU mehrheitsfähig zu machen, andererseits aber die FDP als Wirtschaftspartei immer wieder für Deregulierung, Privatisierung und Abbau des Sozialstaates Druck macht?*

**Sabina Döbeli:** Europa-Politik können wir nur machen, wenn

## 4. ZUGER SYMPOSIUM

wir über die Parteigrenzen hinweg zusammenspannen. Der Initiativtext ist insofern auch ein Kompromiss verschiedener beteiligter Kräfte. Wir dürfen die Europa-Frage nicht zur Parteisache verkommen lassen. Wenn sie in eine Links-Rechts-Schematisierung abdriftet, ist sie zum vorneherein verloren. Für mich als junge freisinnige Frau, der soziale und ökologische Fragen wichtig sind, besteht auch innerhalb der FDP ein enormer Diskussionsbedarf. Die Europa-Frage ist für mich ein gutes Vehikel, alle anstehenden gesellschaftlichen Probleme zu thematisieren und um in der Wirtschafts- und Sozialpolitik neue Wege zu finden. Liberale Kreise in FDP und CVP müssen hier die Diskussion mit den Wirtschaftskreisen neu wieder suchen.

*Nächstens stehen die Entscheide bezüglich personeller Freizügigkeit bei den Verhandlungen der Schweiz mit der EU an. Stehen wir hier nicht wieder vor dem gleichen Dilemma wie bei der AHV-Revision: Wie reagieren wir, wenn Blocher ein Referendum ergreift?*

**Peter Bodenmann:** Wir müssen die Auseinandersetzung um die Personenfreizügigkeit trennen von der Beitrittsdiskussion. Wir müssen im nationalen Recht europakompatible Massnahmen verankern, die internationales Lohn-dumping verhindern. Die Linke muss hier hart bleiben, und sie hat dazu auch gute Karten. Eine Mehrheit für einen EU-Beitritt wird es in der Schweiz nur geben, wenn soziale Sicherheit glaubhaft verankert ist. Die binnenmarktorientierte Fraktion des Kapitals will einen EU-Beitritt verhindern, da dies nur Unübersichtlichkeit, Konkurrenz, sinkende Preise und damit Modernisierungsdruck bringen würde. Die exportorien-

tierten Sektoren dagegen setzen sich klar für einen Beitritt ein. Banken und Chemie haben sich noch gar nicht entschieden. Sie wollen die Vorteile des rechtsfreien Raumes Schweiz nicht verlieren, andererseits aber den Standort Produktionsort Europa noch offenhalten. Ein EU-Beitritt und Reformen in der Schweiz können also nur von einer Koalition der fortschrittlichen Teile des Kapitals mit rot-grünen Kräften durchgesetzt werden. Als Teil dieser Koalition können wir auch unsere Bedingungen stellen.

Die Beschlüsse der EU lassen unheimlich grosse nationale Spielräume für die Umsetzung. Um die konkrete Ausgestaltung von EU-Recht und -Gesetz beeinflussen zu können, brauchen wir einen Um- und Ausbau der direkten Demokratie mit dem konstruktiven Referendum. Dies erlaubt uns, aus dem Dilemma der 10. AHV-Revision rauszukommen und nicht auf ein Ja-Nein-Schema reduziert zu sein. Die Möglichkeit, konkrete Alternativen in einem Referendum vorzuschlagen, würde enorm belebend auf die Politik wirken.

**Andreas Gross:** Vieles spricht dafür, dass die bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU keine befriedigenden Ergebnisse zeitigen werden. Die Referendumsdrohung Blochers gegen die Personenfreizügigkeit bringt die Gefahr, einen Lernprozess nochmals zu verhindern. Wir stossen hier an die Grenzen der Demokratiefähigkeit der Vertragslogik. Die bilateralen Verhandlungen sollen zu einem Vertrag zwischen der Schweiz und der EU führen. Die EU wird dabei Positives mit Negativem verknüpfen, damit die Schweiz nicht einfach nur die Vorteile annehmen und die Nachteile

mit einem Referendum bodigen kann. Der Vertrag ist nur im Paket zu haben. Diese Vertragslogik ist nur begrenzt demokratiefähig. Wir können mit Verträgen der internationalen Globalisierung nicht entgegentreten. Dazu benötigen wir eine europäische Verfassung.

**Peter Bodenmann:** Hier liegt unsere Differenz. Ich bin einverstanden, dass Europa eine Verfassung braucht und institutionelle Veränderungen. Aber es ist doch nicht so, dass uns ein bilateraler Vertrag daran hindern würde, die soziale Ausgestaltung im nationalen Rahmen an die Hand zu nehmen, wie dies die Gewerkschaften vorgeschlagen haben. Unsere Vorschläge sind eurokompatibel. Sie beinhalten Vorschläge für nationales, regulierendes Recht, das nicht im Widerspruch zur EU-Gesetzgebung steht. Wir können also zum Beispiel sehr wohl die Personenfreizügigkeit abschliessen und hier die Gesamtarbeitsverträge erleichtert für allgemeingültig erklären. Viele soziale und ökologische Forderungen scheitern nicht am EU-Recht, sondern daran, dass wir nicht über die Instrumente verfügen, sie in der Schweiz durchzusetzen. Wenn jetzt die Personenfreizügigkeit ohne flankierende Massnahmen droht, müssen wir uns eben eine Blitzinitiative überlegen, mit der wir einen Gegendruck aufbauen können. Sonst wird die nationale Rechte die sozialen Ängste thematisieren. Und der nationale Alleingang wird kein sozialer Sonntagsausflug sein. Wir müssen klarmachen, dass wir für die Integration und für die sozialen Errungenschaften sind.

**Andreas Gross:** Die grosse Frage ist, ob es uns rechtzeitig ge-

lingt, die von Peter Bodenmann gestellten und berechtigten Forderungen und die entsprechenden innenpolitischen Reformen durchzusetzen und dafür eine gesellschaftliche Mehrheit zu finden.

**Paul Ruppen:** Wenn wir so die technischen Details diskutieren, unterschlagen wir die grundsätzlichen Fragen zu einem EU-Beitritt. Bezüglich Freizügigkeit im Personenverkehr beispielsweise reichen SP und Gewerkschaften die Hand zu einem neuen schweizerischen Korporatismus. Der international wettbewerbsfähige Dienstleistungssektor der Schweiz drängt auf eine Öffnung der Märkte, um damit eigene Arbeitslosigkeit exportieren zu können. In den weniger wettbewerbsfähigen Ländern wird mit dieser Exportpolitik kein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen. Der Wettbewerb der Industriestandorte ist eine weltweite Tatsache. Die EU-Integration kann entsprechend keine Lösung dafür bieten. Im Gegenteil: Sie verschärft diesen Kampf noch. Wir müssen über internationale Verträge Mindeststandards festsetzen, die ein Lohndumping verhindern und die den einzelnen Staaten erlauben, über diese Minimalstandards hinauszugehen. Heute wirkt die EU hier bremsend.

**Katrin Kuhn:** Bilaterale Verhandlungen und Vertragsabschlüsse sind sehr statische Ereignisse. Integrationsprozesse und Beitrittsverhandlungen sind demgegenüber viel dynamischer und gestalterischer. Wir müssen den Beitritt der Schweiz zur EU als Prozess verstehen.

*Kennt Demokratie optimale Grössen? Können staatliche Gebilde zu gross oder vielleicht auch zu klein für Demokratie sein?*

**Paul Ruppen:** Europa ist als geographischer Raum, vor allem aber als politisches Gebilde sicher zu gross, um soziale Probleme lösen zu können. In traditionellen kleinen Räumen wie den Territorialstaaten verfügt man noch über politische Instrumente, um gestaltend zu wirken. Ich bin heute aber auch nicht mehr für ein autonomes Oberwallis... In der Schweiz können sich aber politische Gruppierungen relativ verbindlich in den politischen Prozess einbringen. Ein Grossraum Europa verunmöglicht dies mit den zu hohen Anforderungen an Reisezeit, Reisekosten, Sprachenvielfalt und die dadurch notwendige Übersetzung, die dadurch anfallenden Kosten und den Zeitverlust. Politische Meinungsbildungsprozesse werden dadurch sehr erschwert.

**Katrin Kuhn:** Eine Antwort auf diese Probleme ist das grüne Europa der Regionen. Demokratie kann gross oder klein sein, aber sie muss föderalistisch und subsidiär sein. Entscheide müssen in der Region verankert sein. Das Kriterium ist die Verantwortung und die Handlungsfähigkeit für eine pluralistische Demokratie.

**Andreas Gross:** Der französische Adel hat vor der Revolution immer gesagt, Frankreich sei zu gross für die Demokratie... Die ideale Demokratie hängt nicht von der Staatsgrösse, sondern von der Gesellschaft ab. Die Rückständigkeit des Kantons Appenzell Inneroden bezüglich Einführung des Frauenstimmrechts entspringt nicht seiner Grösse, sondern seinen gesellschaftlichen Strukturen. Das Frauenstimmrecht ist ein Lernproblem der Mächtigen, Macht zu teilen – und die Schweiz ist eine grossartige Zukunftswerkstatt. Zudem begünstigen heute

die Informationsmöglichkeiten und die Kommunikationsfähigkeiten, die 150jährige Geschichte der Volksschule zum Beispiel, solche Verständigungs- und Lernprozesse. Eine europäische Verfassung wird den Föderalismus institutionalisieren. Aber auch die Handlungsfähigkeit auf grösserer Ebene muss errungen werden. Die politisch Mächtigen wehren sich natürlich gegen solche Demokratisierungsprozesse. Aber in der Gesellschaft sind sie schon weit gediehen, und wenn es uns gelingt, diese gesellschaftlichen Kräfte aufzugreifen, können wir auch politisch erfolgreich sein.

**Peter Bodenmann:** Die politischen Institutionen hinken heute weit hinter den ökonomischen Entwicklungen her. Die europäische Linke, auch die europäische Sozialdemokratie, ist heute weit von gemeinsamen Positionen und einem einheitlichen Projekt entfernt. Wenn wir beispielsweise mit den spanischen SozialdemokratInnen über den ökologischen Umbau der Wirtschaft sprechen wollen, verstehen die nur spanisch... Es ist eine Aufgabe für die nächsten Jahre, gemeinsam nach Perspektiven zu suchen. □

\* Dieser Beitrag ist der Nummer 4/95 des MOMA erschienen. Bestelladresse: MOMA – Monatsmagazin für neue Politik, Postfach, 8031 Zürich.

# Leipzig ist anders

**Unser Redaktionsmitglied und Germanistikstudent Bruno Stutzer weilt zurzeit für ein Austauschsemester in Leipzig. Die Stadt hat es ihm angetan, wie der folgende Bericht zeigt.**

---

Bruno Stutzer

---

## Leipzig ist hässlich und frustrierend

Viele Häuser sind verfallen, stehen leer. Die Strassen sind entweder total verstaubt oder von rücksichtslosen RaserInnen unsicher gemacht. Dabei sind sie in einem so erbärmlichen Zustand, dass das häufigste Verkehrsschild «Achtung Strassenschäden» ist. Zebrastreifen sind Luxusware, die Strasse überqueren ein gefährlicher und langwieriger Akt. Die Luft ist schlecht, nicht nur russig und giftig, sondern oft auch staubig von den Unmengen an Baustellen. Wo einst prachtvolle Bauten standen, befinden sich heute richtige Schluchten in den Häuserzeilen, teilweise gefüllt mit Schrott und Schutt, in Zentrumsnähe mit parkierten Autos. Noch nirgendwo habe ich so viele Baustellen gesehen, ganze Strassenzüge sind voll damit. Häuser, die nicht leerstehen, abgerissen oder saniert werden, sind meistens realsozialistische Blockbauten aus den 80er Jahren. Eine Altstadt gibt es nicht, die Innenstadt ist unbewohnt. Es finden sich hier kaum Restaurants oder Kneipen, nur gerade zwei Kinos sowie Oper und Gewandhaus, zwischen welchen sich ein L&G-mässiger Parkplatz ausbreitet.

Die alten Leute sind verbittert, ihre besten Jahre in der DDR verbracht zu haben und jetzt um ihre Renten geprellt zu werden, die Jungen sind schon snobistischer als in Paris oder Frankfurt am Main. Die Arbeitslosigkeit

lauert nicht nur hinter jeder Ecke, sondern natürlich auch hinter allen AusländerInnen.

## Leipzig ist sehr schön und freundlich

Schon Goethe hat Leipzig «Klein-Paris» genannt: Vieles erinnert noch und wieder daran. Die prächtigen alten Bürgerhäuser leuchten frisch renoviert um die Wette, das mächtige, bald tausendjährige Rathaus markiert den Mittelpunkt der grossflächigen, mit historischen Sehenswürdigkeiten gespickten Stadt. Sie ist nicht wie andere Grossstädte eine undurchdringliche Anhäufung von Mietsilos und Büroräumen, sondern sehr weitläufig angelegt: Der Innenstadt lagern in allen Richtungen ganz unterschiedliche Quartiere vor, die voneinander durch grosszügige Parks getrennt werden. Im Norden erstreckt sich das grösste zusammenhängende Quartier aus der Gründerzeit; vom 2. Weltkrieg unbeschadet, bietet es heute luxuriösen Wohnraum en masse. Überhaupt sind hier Mieten und Kulturleben noch erschwinglich. Oper und Gewandhaus geniessen internationalen Ruf, unzählige Gross- und Kleintheater, Cabarets sowie die vielen Kinos bieten Vorführungen für jeden Geschmack. Ausstellungen aller Art und regelmässig stattfindende Messen auf ganz verschiedenen Gebieten komplettieren das Angebot. Musikkneipen, Spezialitätenrestaurants und halblegale Spunten breiten sich über die ganze Stadt aus. Einmalig ist auch die Deutsche Bücherei (DB): Hier ist alles vorhanden, was in deutscher Sprache er-

scheint – selbst das SGA-Bulletin ist unter verschiedenen Einträgen im Katalogsaal archiviert!

Die Menschen in Leipzig sind überaus freundlich, in ihrer Gemütlichkeit und stoischen Ruhe den BernerInnen vergleichbar. Froh, schlussendlich doch noch der DDR entkommen zu sein, sind sie überaus kontakt- und ausländerInnenfreundlich.

## Leipzig ist anders

Leipzig ist anders als Zürich, anders als Zug sowieso, anders als ich es mir vorgestellt hatte. Die Stadt ist auch anders, als sie es noch vor einem Monat war. Sie verändert sich für mich, den Fremden, mit jedem Tag, an dem ich unterwegs bin, neue Quartiere sehe, neue Leute kennenlerne. Und wer den Bericht über Zug damals im GEO gelesen hat, glaubt ohnehin keiner Stadtschilderung mehr. So kann ich nur einige Momente schildern, wie Leipzig auf mich und niemand anders wirkt.

Zuerst einmal fühle ich mich nicht verantwortlich, sondern als Gast: Verkehrsmisere, Stasi-Vergangenheit, soziale Probleme – geht mich alles nichts an. Für einmal bin ich apolitisch und widme mich den Freuden des Lebens: Kultur, Studium der deutschen Literatur und Sprache, Menschen kennenlernen.

## Kultur in Leipzig

Was diese Stadt kulturell zu bieten hat, erschlägt mich Provinzschweizer in zweifacher Hinsicht: Einerseits das

ungeheuer grosse und spannende Angebot (es gibt allein zwanzig sogenannte Off-Kinos, d.h. amateurhaft eingerichtete und betriebene Kellerkinos) und andererseits so niedrige Eintrittspreise, dass ich dreimal ins Kino kann und noch immer nicht einen Zürcherkino-Eintritt bezahlt habe. Auch im Theater, Cabaret und in der Oper, wo ich als Student zum halben Preis zu den besten Plätze komme, war ich hier schon öfter als in den letzten zwei Jahren in der Schweiz. Kaum war ich angekommen, öffnete die Leipziger Buchmesse ihre Tore: Nebst all den Bücherausstellungen fanden 280 (!) Veranstaltungen wie Lesungen, Liederabende oder Podiumsdiskussionen statt. Von den Dauerausstellungen fand ich die interessanteste die Dokumentation der Leipziger Volksbewegung unmittelbar vor und nach der Wende: wöchentliche Demonstrationen von Zehntausenden gegen die Stasi und für die Öffnung, Besetzung des Stasi-Hauptquartiers, Rettung wertvoller Dokumente vor der sicheren Vernichtung. Das ganze ist eine Wanderausstellung, die auch der Stadt Zugut anstehen würde!

#### Studium in Leipzig

Was mir hier extrem auffällt, gerade auch im Seminar über Friedrich Dürrenmatt: Über die Schweiz ist so gut wie nichts bekannt. Die Alpen und Swatch sind so ziemlich das einzige, nicht mal Käse, Schokolade und Banken werden mit der Schweiz in Verbindung gebracht. Von mir, der ich mich bemühe, möglichst reines Standarddeutsch zu sprechen, glauben sie, ich spräche Dialekt (dabei sprechen sehr viele genau so, wie wenn im Cabaret das Sächsische auf die Schippe genommen wird). Dass Dürrenmatt und wir alle in einer uns mehr oder weniger fremden Sprache schreiben, davon haben sie keinen Begriff. Ich merke hier zum erstenmal, was es heisst, als ausländischer Exot belächelt zu werden.



**Die drei Büchersilos der Deutschen Bücherei. Auch die vollständigen Jahrgänge des SGA-Bulletins liegen hier.**

■ Bild Bulletin

(Bin ich als Ausländer nicht an sich politisch?)

#### Menschen kennenlernen

Mit Menschen in Kontakt kommen heisst hier, mehr vom Leben in der Ex-DDR zu erfahren. Hingegen sind heutige Probleme out. Über den Verkehr spricht niemand. Vielleicht weilsich alle einig sind? «Stau auf allen Zufahrtsstrassen, endlose Parkplatzsuche, Smog und eine Eskalation der Beziehungen zwischen Fussgängern, Rad- und Autofahrern», schreibt die Leipziger Illustrierte «Kreuzer». Die Autodichte hat sich seit der Wende vervielfacht, womit aber die Infrastruktur bei weitem nicht mithalten konnte. Die einzig ersichtliche Regierungstätigkeit in dieser Beziehung ist die Aufrüstung mit Parkplätzen und -häusern.

Naja, ganz apolitisch kann ich mich auch hier nicht verhalten. Aber ich bin froh, nur beobachten zu können und

mir keine Lösungen einfallen lassen zu müssen. So wohne ich gemütlich in einem auffälligen Miethaus, zu zweit in einer 2 1/2-Zimmer-Wohnung, fünf Minuten zur Innenstadt. Duschkabine in der Küche, WC auf der Zwischenebene. In meinem Dachzimmer lassen sich die Fenster im Schrägdach nur anlehnen, so dass es ständig zieht. Jeden Morgen kurz nach sieben werde ich von der Baustelle gegenüber geweckt, auch samstags und manchmal sogar sonntags. Die Wände im Treppenhaus bröckeln und schimmeln, so dass Treppenwischen eine Sisyphus-Arbeit ist. Die Besitzverhältnisse sind ungeklärt, dafür bezahlen wir nur 250 DM Miete (vor der Wende waren's bloss 45 Mark!).

Am liebsten sitze ich bei uns auf dem Dach an der Sonne, von wo ich einen herrlichen Blick über die Stadt mit ihren «Wahrzeichen» habe: Völkerschlachtdenkmal, Büchersilos der DB, UNI-Hochhaus und natürlich viele hundert Baukräne. □

# veranstaltungen

juli

Mo 3. OFRA-Zug: **Monatssitzung**  
Stadt- und Kantonsbibliothek (3.Stock), 20.00h

Mi 5. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**  
Stadt- und Kantonsbibliothek (3.Stock), 19.30h

Mi 5. **SGA-Monatsversammlung:  
Nomination NR-Wahlen, Diskussion EU-Initiative**  
Konferenzzimmer Casino Zug, 20.00h

august

Sa 5. **SGA-Sommernacht:  
Open-air-Kino, «s'Funkhoosers», Bar, Essen etc. – kurz: Fäscht!**  
ab 18.00h am See beim Bürgerasyl

Mi 23. **SGA-Monatsversammlung: Diskussion Wahlplattform**  
Jünglingsheim Zug, 20.00h

september

Mi 20. **SGA-Monatsversammlung**  
Konferenzzimmer Casino Zug, 20.00h

**Alle Veranstaltungen sind öffentlich!**

AZB 6300 Zug 1

Adressänderungen und Rechnen an SGA, Postfach 829, 6301 Zug

## umverkehrR-Sammelferien

**17. Juli bis 1. August 1995**

**50 Leute fahren in 8 Gruppen mit Zug und Velo durch die Schweiz.**

**Ziel:** 10'000 Unterschriften für die Verkehrshalbierungs-Initiative!

**Start: Am Montag, 17. Juli,** in Bern auf dem Bundesplatz. Die Gruppen befahren vor allem Gebiete, in denen bisher erst wenige Unterschriften für die Verkehrshalbierungs-Initiative gesammelt wurden (Romandie, Tessin, Inner-schweiz, Graubünden). Sie leisten so einen wesentlichen Beitrag zum Zustandekommen der Initiative!

**Ziel:** 3. Sonnenlandsgemeinde in Neuchâtel **am 1. August** .

Die Gruppen organisieren selbständig Routenwahl und Unterkunft. Unterstützung durch das Sekretariat.

**Koordinations-sitzung:** Mittwoch, 21. Juni, 19.30 Uhr im Polka, Dienerstr. 62 in Zürich (vom Bahnhof Bus Nr. 31 bis Militär-/Langstrasse).

**umverkehrR-SammeltouR: Die sinnvolle Ferienalternative!**

**Talon:**

Ich kann nicht an die Koordinations-sitzung kommen, möchte aber bei der SammeltouR dabei sein  
 die ganzen zwei Wochen  
 nur vom ..... bis am .....

Absender:

.....  
 .....  
 .....

**Einsenden an:**  
 umverkehrR  
 Postfach 8214, 8036 Zürich  
 Tel. 01/242 72 76